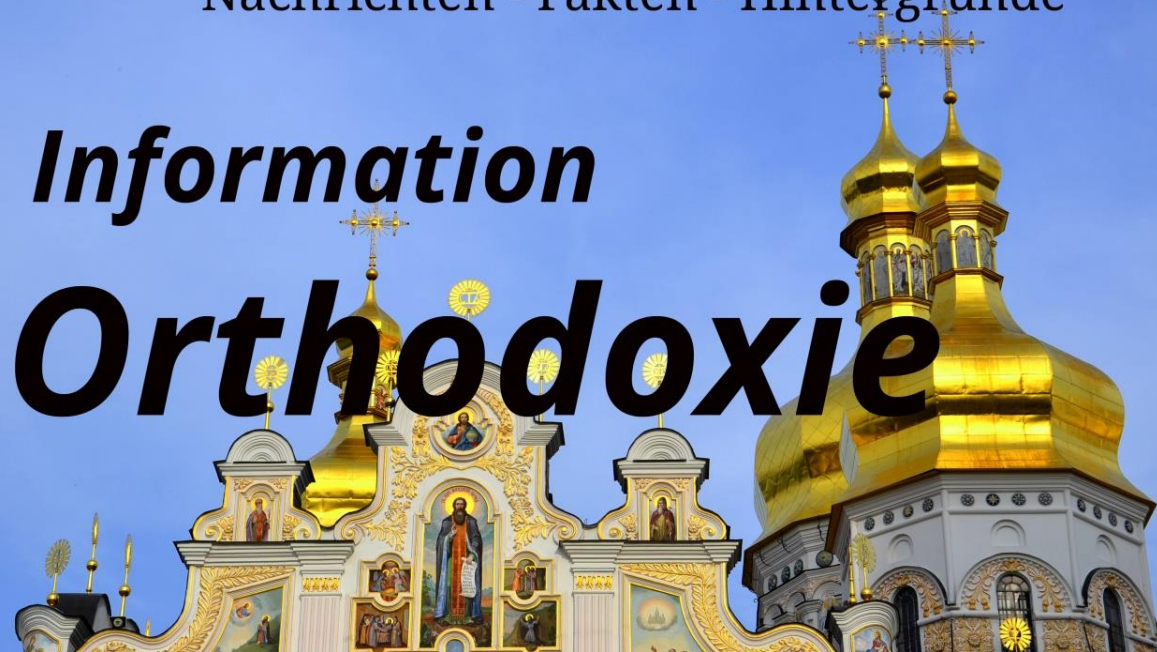


Nachrichten - Fakten - Hintergründe

Information Orthodoxie



In dieser Ausgabe

Ö S T E R R E I C H

Metropolit: "Brauchen wieder mehr Sehnsucht nach Kircheneinheit"

Orthodoxer Metropolit Arsenios im "Kathpress"-Interview: Gutes ökumenisches Klima in Österreich, aber Stillstand bei zentralen theologischen Fragen, die Kirchen noch trennen -

Neuer russisch-orthodoxer Bischof für Wien und Österreich

Bischof Antonij von Swenigorod wird neuer Administrator der russisch-orthodoxen Diözese für Wien und Österreich

I N T E R N A T I O N A L

Patriarch: Putin hat in Syrien Genozid an Christen verhindert

Kyrill in Interview zum orthodoxen Weihnachtsfest: Russische Kirche wird humanitäre Hilfe leisten und den Wiederaufbau von "Kirchen, Moscheen und historischen Denkmälern" unterstützen -

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

"Panorthodoxes Konzil hätte 1968 in Wien stattfinden sollen"

Bartholomaios I. würdigte das doppelte 50-Jahr-Jubiläum der Reise von Papst Paul VI. nach Konstantinopel und der Reise von Patriarch Athenagoras nach Rom 1967

Information Orthodoxie - Ein **kathpress** - Produkt
in Kooperation mit der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich und den
Stiftungen "Living Together" und "Pro Oriente".

Inhaltsverzeichnis

Ö S T E R R E I C H

Metropolit: "Brauchen wieder mehr Sehnsucht nach Kircheneinheit"	3
Neuer russisch-orthodoxer Bischof für Wien und Österreich	4
Ökumene: Christen beten um Einheit der Kirchen	4
Wien: Moskauer Synodalchor singt zu Ökumenetreffen-Jahrestag	6
Sternsinger bei evangelischem Bischof und orthodoxem Metropoliten	6

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Wien: Jetzt beginnen die großen orthodoxen Weihnachtsfeiern	7
Wien: Orthodoxe feiern am 6. Jänner "Große Wasserweihe"	9

I N T E R N A T I O N A L

Orthodoxe Christen feierten Weihnachten teils unter Terrorangst	10
Ökumenischer Patriarch mahnt Achtung der Menschenrechte ein	11
Jerusalems Kirchenführer sehen Status quo in Gefahr	11
Kirchenführer fordern zu Weihnachten Frieden für Jerusalem	12
Serbischer Bischof äußert sich differenziert zur "Causa Stepinac"	12
Kirchenpolitische Konflikte auf dem Balkan brodeln weiter	13
Mazedonien-Streit: Bischöfe und Diplomaten bereiten Lösung vor	15
Belgrads Erzbischof: Königs-Stern will Christen zu Einheit führen	16
Rumänischer Patriarch Daniel wirbt für innerorthodoxe Einheit	16
Patriarch: Putin hat in Syrien Genozid an Christen verhindert	17
Orthodoxes "Tauwetter" zwischen Moskau und Bukarest geht weiter	19
Georgien: Patriarch Ilia feierte 40-Jahr-Jubiläum im Amt	20
Schon über 1.100 Kirchen in Moskau, aber Bauboom hält an	20
Russische Kirche lehnt Kalenderreform ab	21
Ukraine: Kriegsgefangenen-Austausch auf Kirchen-Vermittlung	21
Katholisch-Orthodoxe Annäherung: Ausstellungen in Moskau und Rom	22
Finnland: Progressiver Metropolit muss in Pension gehen	24
Kardinal Koch: Suche nach Kircheneinheit wachhalten	25
Vor 70 Jahren wurde der Weltkirchenrat begründet	25
Internetseite zu Altorientalen und Orthodoxen geht online	26

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

Ukraine: Kiewer Patriarchat signalisiert Gesprächsbereitschaft	26
Bulgarien: Digitalisierung der Manuskripte des Klosters Zograph	27
"Panorthodoxes Konzil hätte 1968 in Wien stattfinden sollen"	28
Russland: Die Orthodoxie und die Aufarbeitung der Geschichte	31
"Gott wurde Mensch, damit der Mensch Gott werde"	41
"Das große Mysterium der göttlichen Menschwerdung"	42

Ö S T E R R E I C H

Metropolit: "Brauchen wieder mehr Sehnsucht nach Kircheneinheit"

Orthodoxer Metropolit Arsenios im "Kathpress"-Interview: Gutes ökumenisches Klima in Österreich, aber Stillstand bei zentralen theologischen Fragen, die Kirchen noch trennen - Metropolit stand "Großer Wasserweihe" am Wiener Donaukanal vor

Wien, 08.01.2018 (KAP) Als "ausgesprochen positiv" hat der orthodoxe Metropolit von Austria, Arsenios (Kardamaiks), das ökumenische Klima in Österreich bezeichnet. Die Kirchen würden einander respektieren und achten und in vielen Bereichen auch zusammenarbeiten. In zentralen theologischen Fragen, die die Kirchen nach wie vor trennen, gebe es aber derzeit eine Art Stillstand in der Ökumene, so der Metropolit. Es brauche eine neue "Sehnsucht nach Gemeinschaft und Einheit, vor allem in der Eucharistie". Metropolit Arsenios äußerte sich gegenüber "Kathpress" anlässlich der Weltgebetswoche für die Einheit der Christen (18.-25. Jänner).

Er hoffe sehr, so der Metropolit, dass das gute persönliche Verhältnis zwischen dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. und Papst Franziskus der Ökumene bzw. zumindest den katholisch-orthodoxen Beziehungen neue Impulse geben werde. Zwischen den beiden Kirchenoberhäupter gebe es sehr viel Vertrauen, und das sei in der Ökumene sehr wesentlich, betonte Metropolit Arsenios.

Ein orthodoxer Ritus, der inzwischen schon über die Orthodoxe Kirche hinaus an Bedeutung gewonnen hat, ist die "Große Wasserweihe" zum Fest der Epiphanie (6. Jänner). Auch heuer stand Metropolit Arsenios diesem Weihegottesdienst am Wiener Donaukanal vor. Zu Epiphanie gedenkt die Kirche der Taufe Jesu im Jordan.

Wie Metropolit Arsenios vor der Wasserweihe in seiner kurzen Predigt auf Deutsch bei der Liturgie in der Wiener orthodoxen Dreifaltigkeitskathedrale sagte, biete das kirchliche Fest der "Erscheinung des Herrn" (Epiphanie) den Menschen von heute Orientierung im Sinn von "Licht und Leben". Wörtlich sagte der Metropolit: "Dieses Fest zeigt uns, wohin wir gehen sollen." Zugleich sei es eine Einladung, der

Botschaft des christlichen Glaubens treu zu bleiben und die Beziehung zu Gott zu pflegen, die wie jede Beziehung der ständigen Pflege bedürfe.

Nach der Göttlichen Liturgie, in der in poetischen Bildern die "Begegnung des Flusses Jordan mit seinem Schöpfer" in Hymnen und Gebeten besungen und ein besonderer Segen erteilt wurde, zog eine große Prozession von der Kathedrale am Fleischmarkt zum Donaukanal, wo die "Große Wasserweihe" stattfand. Metropolit Arsenios sprach auf der Anlegestelle bei der Schwedenbrücke das große Segensgebet und trauchte drei Mal das Kreuz ins Wasser. Nach orthodoxem Verständnis wird bei der "Großen Wasserweihe" durch das Wasser die ganze Schöpfung gesegnet. Hier liegt auch die Wurzel für das in den letzten Jahrzehnten so starke Engagement der ganzen orthodoxen Kirche mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. an der Spitze für die "Bewahrung der Schöpfung", den Schutz der von Gott geschaffenen Umwelt.

Die "Große Wasserweihe" ist seit mehr als einem Jahrzehnt zu einem festen Bestandteil der "religiösen Landschaft" Wiens geworden. Metropolit Arsenios dankte zum Abschluss des Wortgottesdienstes am Donaukanal den städtischen Behörden, der Polizei und dem Schiffsverkehrsunternehmen "Donauraum Wien" für ihre Mithilfe bei der Durchführung der "Großen Wasserweihe". Der Metropolit verabschiedete sich von den vielen orthodoxen Gläubigen und zahlreichen Angehörigen anderer Kirchen bzw. Passanten, die auch von der Schwedenbrücke aus dem liturgischen Akt beigewohnt hatten, mit der Einladung: "Bewahren wir das Licht Christi in unserem Leben."

Neuer russisch-orthodoxer Bischof für Wien und Österreich

Bischof Antonij von Swenigorod wird neuer Administrator der russisch-orthodoxen Diözese für Wien und Österreich

Wien-Moskau, 29.12.2017 (KAP) Der 33-jährige Bischof Antonij (Sevrjuk) von Swenigorod wird neuer russisch-orthodoxer Bischof für Wien und Österreich. Der Heilige Synod des Moskauer Patriarchats beschloss bei seiner jüngsten Versammlung Ende Dezember die Ernennung Antonijs zum Administrator der Diözese von Wien/Österreich und Budapest/Ungarn, wie der Orthodoxe Informationsdienst (OID) am Freitag, 29. Dezember, bekannt gab. Der bisherige Administrator der Wiener Diözese, Bischof Tichon (Zajcev) von Podolsk, wurde zum Administrator der russisch-orthodoxen Diözese von Berlin und Deutschland bestimmt.

Bischof Antonij ist seit 2015 mit der Führung des Amtes für ausländische Einrichtungen des Moskauer Patriarchats betraut und leitet auch die russisch-orthodoxen Gemeinden des Patriarchats in Italien. Beide Aufgaben wird er weiterhin wahrnehmen und daher - ähnlich wie sein Vorgänger Tichon - seinen ständigen Sitz in Moskau haben und nur anlassbezogen in Österreich weilen.

Der neue Wiener russische Bischof wurde am 12. Oktober 1984 in der Stadt Tver in Russland geboren. Im März 2009 erhielt er die Mönchsweihe, am 3. April 2010 wurde er vom Moskauer Patriarchen Kyrill, für den Antonij ein Jahr lang auch als persönlicher Sekretär tätig war, zum Mönchspriester geweiht. Zwischen 2011 und 2015 war er Pfarrer der russischen Gemeinde in Rom. 2013 erfolgte die Erhebung zum Archimandriten. Am 23. Oktober 2015 wurde Antonij zum Bischof geweiht und ihm die Leitung des Amtes für ausländische Einrichtungen des Moskauer Patriarchats übertragen.

Die russisch-orthodoxe Diözese von Wien wurde 1962 gegründet (und im Jahr 2013 staat-

lich anerkannt). Sitz des Bischofs ist die St.-Nikolaus-Kathedrale im dritten Bezirk in Wien. Die Diözese untersteht dem Patriarchat von Moskau unter Patriarch Kyrill I.

Insgesamt wird die Zahl der russisch-orthodoxen Gläubigen in Österreich auf rund 40.000 geschätzt. Die Gemeinde besteht aus Gläubigen verschiedener Nationalität, die vorwiegend in Wien ansässig sind. Die Gottesdienste in Wien werden in kirchenslawischer Sprache unter Einbeziehung deutschsprachiger Teile zelebriert. Einmal im Monat wird eine Liturgie in deutscher Sprache zelebriert und gesungen.

Die russisch-orthodoxe Kirchengemeinde zum hl. Nikolaus in Wien hat in Österreich den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zufolge ihrer staatlichen Anerkennung aus dem Jahr 1967. Weitere gesetzlich anerkannte russisch-orthodoxe Gemeinden befinden sich in Graz und Linz.

Eine weitere russisch-orthodoxe Kirchengemeinde gibt es in Salzburg. Diese untersteht administrativ aber nicht der Diözese Wien und Österreich des Moskauer Patriarchats, sondern der Diözese von Berlin und Deutschland der Russisch-orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA). Die ROKA und das Moskauer Patriarchat sind seit zehn Jahren in kanonischer Gemeinschaft. Die offizielle Wiedervereinigung erfolgte am 17. Mai 2007 in Moskau mit der Unterzeichnung eines "Aktes der kanonischen Gemeinschaft" durch die Kirchenoberhäupter. Hierdurch unterstellte sich die ROKA der übergeordneten Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats als selbstverwaltete Kirche. Im Hinblick auf ihre administrativen Angelegenheiten ist die Auslandskirche dabei weitgehend selbständig.

Ökumene: Christen beten um Einheit der Kirchen

Weltgebetswoche für die Einheit der Christen von 18. bis 25. Jänner - Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich am 25. Jänner in Wien

Wien, 08.01.2018 (KAP) Von 18. bis 25. Jänner findet die "Weltgebetswoche für die Einheit der Christen" statt. Während der Gebetswoche

kommen weltweit Christen aus unterschiedlichen Konfessionen zusammen, um gemeinsam für die Einheit der Christenheit zu beten. Das

internationale Leitthema der Woche ist heuer dem biblischen Buch Exodus entnommen ("Deine rechte Hand, Herr, ist herrlich an Stärke") und wurde von einer ökumenischen Gruppe in der Karibik ausgewählt.

Wie es von Seiten des Weltkirchenrates heißt, ist die Geschichte des Christentums in dieser Region von zwei gegensätzlichen Phänomenen geprägt. Einerseits missbrauchten die Kolonialmächte die Bibel, um die Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung sowie der vielen Sklaven aus Afrika zu rechtfertigen. Andererseits wurde die Bibel für die Menschen - Indigene wie Sklaven -, die unter der Kolonialherrschaft zu leiden hatten, zur Quelle des Trostes und der Befreiung. So wie die Israeliten im Buch Exodus die rettende Hand Gottes erfuhren, der sie aus der Knechtschaft in Ägypten befreite, so ermutige die Bibel die Menschen in der Karibik bis heute, für Menschenwürde und bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Als zentrale Herausforderungen für die Christen benennt der Weltkirchenrat Armut, Gewalt, Unrecht, Bandenkriminalität, Zerbrochene Familienstrukturen und Pornografie.

In Österreich sind in den acht Tagen - und auch noch danach - zahlreiche Veranstaltungen in allen Diözesen vorgesehen. Der traditionelle zentrale Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) zur Weltgebetswoche findet am Donnerstag, 25. Jänner, um 18 Uhr in der serbisch-orthodoxen Kirche Neulerchenfeld (Neulerchenfelderstraße 47, 1160 Wien) statt. Die Predigt bei dem Gottesdienst, den der ÖRKÖ seit 1959 jährlich veranstaltet, hält heuer der reformierte Landessuperintendent und ÖRKÖ-Vorsitzende Thomas Hennefeld.

Kardinal Christoph Schönborn lädt - aus Termingründen - erst am 31. Jänner die Spitzenrepräsentanten der christlichen Kirchen in Österreich zum traditionellen Ökumenischen Empfang. Dieser beginnt um 18 Uhr mit einem Ökumenischen Gottesdienst in der Kirche des Wiener Schottenstifts (Freyung 6, 1010 Wien). Der anschließende Empfang für geladene Gäste findet im Erzbischöflichen Palais statt.

In der Diözese Linz findet anlässlich der Weltgebetswoche am Dienstag, 23. Jänner, um 18.30 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst in der koptisch-orthodoxen Kirche (Wiener Straße 270) statt. Gastgeber ist der koptische Bischof von Österreich, Anba Gabriel; der Linzer Bischof

Manfred Scheuer wird die Predigt halten. Veranstalter des Gottesdienstes ist das Forum der christlichen Kirchen in Oberösterreich. Diesem gehören an: Altkatholische Kirche, Baptisten, Evangelische Kirche A.B., Evangelische Kirche H.B., Evangelisch-methodistische Kirche, Koptisch-orthodoxe Kirche, Römisch-katholische Kirche, Rumänisch-orthodoxe Kirche und Serbisch-orthodoxe Kirche.

Der Katholische Akademikerverband der Diözese St. Pölten lädt am Sonntag, 21. Jänner, um 18 Uhr zu einem ökumenischen Gottesdienst in die Leopoldkapelle im Niederösterreichischen Landhaus in St. Pölten ein.

In Salzburg feiern die Kirchen am Mittwoch, 24. Jänner, um 18 Uhr in der Stiftskirche St. Peter einen ökumenischen Stadtgottesdienst. Schon am Freitag, 19. Jänner, laden im Rahmen der Weltgebetswoche die Ukrainisch-griechisch-katholische Kirche und die rumänisch-orthodoxe Kirche zu einer byzantinischen Vesper (19 Uhr) in die St. Markus Kirche in Salzburg (Franz-Josef-Kai 21).

In Innsbruck laden die christlichen Kirchen am Donnerstag, 25. Jänner, zu einem Ökumenischen Gottesdienst in den St. Jakobsdorf (Beginn 19 Uhr). Erstmals wird auch der neue Innsbrucker Bischof Hermann Glettler mit dabei sein.

Neben den zentralen Gottesdiensten in den Landeshauptstätten gibt es in der Weltgebetswoche in vielen weiteren größeren und kleineren Städten und Ortschaften oder auch Klöstern und Stiften gemeinsame Gottesdienste, zu denen die Christen unterschiedlichster Konfessionen zusammenkommen; zum Teil auch mit bischöflicher Teilnahme. So wird der St. Pöltner Bischof Klaus Küng etwa gemeinsam mit Vertretern anderer Kirchen einem ökumenischen Gottesdienst in Tulln vorstehen (19. Jänner, 19 Uhr, Evangelische Kirche, Grotenthalgasse 16).

Das Ökumenische Forum Steiermark lädt am 26./27. Jänner wieder zu einem Ökumenischen Wochenende, das heuer unter dem Motto "Gräben überwinden!" steht. Die Kirchen wollen laut Ankündigung der Frage nachgehen, "was wir tun können, um in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft wieder miteinander ins Gespräch zu kommen". (Infos: www.oekumenischesforum.at)

Ursprünge im 18. Jahrhundert

Die Ursprünge der Weltgebetswoche gehen bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück. Seit 1968 werden die Themen und Texte für die Gebetswoche vom Päpstlichen Rat für die Ein-

heit der Christen und dem weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen (Weltkirchenrat, WKR) veröffentlicht.

(Infos: www.oekumene.at)

Wien: Moskauer Synodalchor singt zu Ökumenetreffen-Jahrestag

Festkonzert am 10. Februar zum 2. Jahrestag des Treffens von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill - Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion, wird anwesend sein

Wien, 08.01.2018 (KAP) Aus Anlass des zweiten Jahrestages des historischen Treffens zwischen Papst Franziskus und dem Moskauer Patriarchen Kyrill I. im kubanischen Havanna findet am Samstag, 10. Februar, im Großen Saal des Wiener Konzerthauses ein Konzert russischer Kirchenmusik statt. Bei dem Konzert unter dem Ehrenschutz von Kardinal Christoph Schönborn wird der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion Alfejew, anwesend sein. Weitere hochrangige Ehrengäste aus dem Vatikan, Österreich und Russland werden erwartet.

Das Konzert des Großen Staatlichen Tschaikowski-Symphonieorchesters und des Moskauer Synodalchors um 19.30 Uhr steht unter der Leitung von Wladimir Fedosejew. Zu Gehör gebracht werden Werke von Nikolai Rimski-Korsakow, Sergej Rachmaninow, Igor Strawinski und Metropolit Hilarion. Mit dem Festkonzert wird die Bedeutung Wiens für den Dialog zwischen römisch-katholischer und russisch-orthodoxer Kirche betont. (Informationen und Kartenverkauf: www.konzerthaus.at/konzert/eventid/55593).

Sternsinger bei evangelischem Bischof und orthodoxem Metropoliten

Bünker: Sternsingeraktion schafft Bewusstsein für globale Verbundenheit - Arsenios: Kinder und Jugendliche sind Vorbilder an christlicher Nächstenliebe

Wien, 09.01.2018 (KAP) Die katholische Sternsingeraktion ist längst auch schon zu einer kirchenübergreifenden Initiative geworden. Christen anderer Konfessionen wie auch Gläubige anderer Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis öffnen den jungen katholischen Königen ebenfalls ihre Türen. Auch die Spitzenvertreter der evangelischen und orthodoxen Kirche in Österreich, Bischof Michael Bünker und Metropolit Arsenios (Kardamakis), haben Besuch von den Sternsingern bekommen.

Dem evangelischen Bischof überbrachten in seinen Büroräumlichkeiten in Wien-Währing Sternsinger der Wiener Pfarre Weinhaus ihre Botschaft. Die jungen Könige übermittelten dem Bischof auch stellvertretend für aller evangelischen Christen im Land die besten Segenswünsche für 2018.

Der lutherische Bischof zeigte sich am Rande des Besuchs gegenüber "Kathpress" beeindruckt vom Engagement der Kinder und Ju-

gendlichen. "Mein großer Respekt", so der Bischof wörtlich im Blick auf die Sternsinger, die sich in ihrer Freizeit so für andere einsetzen würden. Die Aktion schaffe ein stärkeres Bewusstsein für die globale Verbundenheit. Wer die jungen Könige in sein Haus und seine Wohnung lasse und spende, sei etwa mit Kindern und Jugendlichen in Nicaragua verbunden, die von Bildungsprogrammen profitierten.

Der Besuch der Sternsinger beim evangelischen Bischof hat schon lange Tradition und reicht zumindest bis in die 1990er-Jahre zurück. Zumindest gibt es unter den Mitarbeitern im Oberkirchenrat niemanden, der sich daran erinnern könnte, dass es diese ökumenische Geste einmal noch nicht gegeben hätte.

Auch der orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) erhielt dieser Tage wieder in den Räumlichkeiten der griechisch-orthodoxen Metropolis in Wien 1 Besuch von den Sternsingern, die ihm die frohe Botschaft von der Geburt Jesu

überbrachten und für Menschen in Not in Afrika, Asien und Lateinamerika sammelten. Die Kinder und Jugendlichen seien mit ihrem Einsatz ein großes Vorbild an christlicher Nächstenliebe, so der Metropolit, der den Sternsängern für ihren Einsatz seinen Dank aussprach.

Rund 85.000 Kinder und Jugendliche beteiligen sich jedes Jahr an der Aktion. Mit den Spenden der Bevölkerung finanziert die Dreikönigsaktion (DKA) der Katholischen Jungschar jährlich rund 500 Hilfsprojekte für mehr als eine Million Menschen in Not und Armut in 20 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Schwerpunktland 2018 ist Nicaragua.

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Wien: Jetzt beginnen die großen orthodoxen Weihnachtsfeiern

Ostkirchen-Weihnacht auch in Wien große Attraktion - Feierdatum am 6./7. Jänner ergibt sich aus unterschiedlichen Kalendern von West- und Ostkirchen

Wien, 02.01.2018 (KAP) In wenigen Tagen beginnen die großen orthodoxen und altorientalischen Weihnachtsfeiern. Das Fest, das am 6. und 7. Jänner gefeiert wird, begehen in Wien viele Menschen mit Migrationshintergrund auch im öffentlichen Raum - mit Märkten, mit traditionellen Bräuchen und mit Gesängen. Dies zieht auch viele Nichtorthodoxe an.

Allerdings feiern nicht alle orthodoxen Kirchen erst im Jänner: So haben die orthodoxen Kirchen von Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien, Rumänien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Albanien und Finnland das Weihnachtsfest schon hinter sich. Es wird bei ihnen so wie im Westen am 24./25. Dezember gefeiert. Diese Ostkirchen, mit den Griechen an der Spitze, haben nämlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Gregorianischen Kalender übernommen.

Demgegenüber feiern etwa Serben und Russen das Fest noch nach dem östlichen (Julianischen) Kalender. Dieser hinkt seit der Kalenderreform des Jahres 1582 dem damals eingeführten westlichen Gregorianischen Kalender 13 Tage hinterher. Die orthodoxen, ukrainisch-unierten und koptischen Weihnachtsgottesdienste finden demnach am 6. Jänner (Heiliger Abend) und 7. Jänner (Christtag) statt. Wiederum etwas anders ist die Lage bei den Armeniern: Dort wird der Heilige Abend am 5. Jänner gefeiert und der Christtag am 6. Jänner.

In der Bundeshauptstadt feiern die großen Gemeinden der russisch-, ukrainisch-, serbisch- und arabischstämmigen Wiener in der Nacht von Samstag auf Sonntag u.a. in drei

Domkirchen - der russisch-orthodoxen Nikolauskathedrale im 3. Bezirk, der serbisch-orthodoxen St.-Sava-Kathedrale im gleichen Bezirk und der koptisch-orthodoxen Marienkathedrale im 22. Bezirk - die Geburt Jesu. Das Weihnachtsdatum nach dem Julianischen Kalender gilt zudem in der äthiopisch-orthodoxen und syrisch-orthodoxen Kirche. Auch diese Kirchen stellen in Wien und Umgebung große Gemeinden, mit jeweils mehreren Tausend Gläubigen.

"Nachtwache des Heiligen Abends"

In der russischen Nikolauskathedrale in der Jaursgasse im 3. Bezirk wird das Weihnachtsfest mit der "Nachtwache des Heiligen Abends" am 6. Jänner um 17 Uhr eingeleitet. Um 24 Uhr leitet der vor einer Woche neu ernannte Administrator der Diözese von Wien und Österreich, Bischof Antonij Sewrjuk, die feierliche Nachtliturgie. Am 7. Jänner um 10 Uhr wird die "Liturgie zu Christi Geburt" gefeiert.

Die Nikolauskathedrale mit ihren eindrucksvollen Zwiebeltürmen wurde am 17. April 1899 geweiht. Ihr Name erinnert an den letzten Zaren, Nikolaus II. aus dem Hause Romanow, der von 1894 bis 1917 regierte und vor 100 Jahren - am 17. Juli 1918 - in Jekaterinburg von den Bolschewiki erschossen wurde. Die Nikolauskathedrale wurde damals der Obhut des neutralen Spaniens unterstellt. 1924, als die Sowjetunion und Österreich diplomatische Beziehungen aufnahmen, wurde das Kirchengebäude der sowjetischen Botschaft angegliedert, allerdings diente es damals nur als Lagerraum. 1945 wurde jedoch die Kirche mit

Unterstützung der sowjetischen Militärkommandantur wieder für die Gläubigen zugänglich, und vor 70 Jahren - 1948 - wurde durch die Rote Armee sogar eine neue Hauptglocke gestiftet.

Der neue russische Bischof in Wien, Antonij Sewrjuk stammt aus Twer, wo er am 12. Oktober 1984 geboren wurde. Er wird auch die Aufgaben eines russisch-orthodoxen Bischofs von Budapest und Ungarn wahrnehmen. Zudem ist er Vorsitzender der Verwaltung der Institutionen des Moskauer Patriarchats im Ausland.

Die serbisch-orthodoxe St.-Sava-Kathedrale wurde 1893 geweiht. Bischof Andrej Cilerdzic leitet dort am Samstag um 18 Uhr die Vesper, um 24 Uhr die Nachtliturgie sowie am Sonntag um 9.30 Uhr die Liturgie zur Geburt Christi. In der serbisch-orthodoxen Auferstehungskirche im 2. Bezirk (Engerthstraße 160) stimmen die Gottesdienstzeiten mit St. Sava überein. Vor der Auferstehungskirche findet ab Samstagnachmittag der traditionelle Südosteuropäische Weihnachtsmarkt statt, der auch für viele Nichtserben eine große Attraktion darstellt. Die "Standln" bleiben bis Sonntag 2 Uhr früh geöffnet, die Engerthstraße wird aus diesem Grund zum Teil gesperrt.

Kopten feiern mit Bischof Gabriel

Wiens koptische Gemeinde feiert Weihnachten am 6. Jänner um 18 Uhr in der 2004 geweihten Kathedrale in der Donaustädter Quadenstraße. Der in Wien residierende Mitteleuropa-Bischof Gabriel wird die mehrstündige Liturgie leiten.

Weltweit zweitgrößte Kirche mit Julianischem Kalender ist - nach der russischen Orthodoxie - die äthiopisch-orthodoxe Kirche. Sie zählt zu den altorientalischen Kirchen und blickt auf eine fast 2.000-jährige Tradition zurück. 1999 stellte die Pfarre Schwechat den Tausenden in Wien lebenden Äthiopiern und Eritreern eine wenig benutzte katholische Kirche für ihre Gottesdienste zur Verfügung. Es handelt sich um die Kirche Kleinschwechat wenige Hundert Meter außerhalb der Stadtgrenze von Wien. Hier feiern die orthodoxen Äthiopier am 7. Jänner, 8 Uhr, ihre Weihnachtsliturgie. Die Liturgie ist koptischen Ursprungs und von der syrischen Tradition beeinflusst. Bis vor kurzem war das antike Geez Liturgiesprache, heute wird bei den Gottesdiensten meist das moderne Amharisch verwendet.

Die armenisch-apostolische Kirche St. Hripsime im 3. Bezirk, Kolonitzgasse 11, wurde vor 50 Jahren - am 21. April 1968 - geweiht. Bischofsvikar Tiran Petrosyan leitet am 5. Jänner, 17 Uhr, und am 6. Jänner, 11 Uhr, die weihnachtlichen Liturgien. Derzeit leben in Österreich an die 4.500 Armenier, rund 3.000 davon in Wien. In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl stark angewachsen. Um 1960 bestand die armenische Gemeinde in Wien aus zirka 350 Mitgliedern. Bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung kamen ab den 1970er-Jahren viele armenische Arbeitskräfte aus der Türkei nach Österreich. Der Bürgerkrieg im Libanon und die islamische Revolution im Iran brachten einen weiteren Zuzug von Armeniern aus diesen Ländern nach Österreich und vor allem nach Wien.

Eine wichtige Kirche mit Julianischem Kalender ist auch die ukrainische griechisch-katholische Pfarre St. Barbara in der Postgasse im 1. Bezirk. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens 1773 übergab Maria Theresia das Gebäude als Seminar der griechisch-katholischen Kirche, da mehrere Länder der Monarchie, besonders Galizien, zahlreiche Gläubige dieser Kirche aufwiesen. Daraus entstand 1784 die erste unierte ukrainische Pfarre außerhalb der Ukraine.

In St. Barbara wird am 6. Jänner, 18 Uhr, die Große Weihnachtsandacht gefeiert. Am 7. Jänner folgen um 9.30 Uhr und 12 Uhr Liturgien zum Fest der Geburt des Herrn.

Die griechisch-orthodoxe Diözese Wien feiert am Mittwoch, 6. Jänner, 9 Uhr, in der Kathedrale am Fleischmarkt hingegen nicht das Weihnachtsfest, sondern das Fest der Heiligen Theophanie. Nach dem Gottesdienst findet die spektakuläre "Große Wasserweihe" mit Metropolit Arsenios (Kardamakis) am Donaukanal statt.

In Österreich etwa 490.000 Orthodoxe

Die Gesamtzahl der Gläubigen der orthodoxen und orientalischem-orthodoxen Kirchen in Österreich wird auf rund 490.000 geschätzt. Genaue Zahlen gibt es seit 2001 nicht mehr. Dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel (griechisch-orthodox) gehören etwa 35.000 Gläubige an, der russisch-orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) rund 40.000. Die meisten orthodoxen Gläubigen in Österreich zählt mit 260.000 die serbisch-orthodoxe Kirche. Zur rumänisch-orthodoxen und bulgarisch-

orthodoxen Kirche gehören jeweils rund 40.000 Gläubige.

Die koptisch-orthodoxe, syrisch-orthodoxe und armenisch-apostolische Kirche zählen jeweils rund 10.000 Mitglieder. Der Rest auf 490.000 ist noch schwieriger zuzuordnen. Dazu zählen beispielsweise Gläubige der antiochenischen, georgisch-orthodoxen Kirche, indisch-orthodoxen oder äthiopischen Kirche. Wiewohl die große Mehrheit der orthodoxen und altorientalischen Christen im Großraum

Wien lebt, gibt es doch auch in den Bundesländern inzwischen viele lebendige Gemeinden.

Die Stiftung "Pro Oriente" verweist diesbezüglich immer wieder darauf, dass es viele orthodoxe Menschen auf Grund der Erfahrungen in früher kommunistisch beherrschten oder immer noch islamisch dominierten Ländern vorziehen würden, auch unter den veränderten Bedingungen im freien Österreich ihr Religionsbekenntnis nicht zu dokumentieren.

Wien: Orthodoxe feiern am 6. Jänner "Große Wasserweihe"

Beim Ritus am Donaukanal wird auch an Verpflichtung der Christen zum Umweltschutz erinnert

Wien, 03.01.2018 (KAP) Der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) wird am Sonntag, 6. Jänner, am Wiener Donaukanal bei der Schwedenbrücke die "Große Wasserweihe" zelebrieren. Dieser traditionelle Ritus gehört zu den eindrucksvollsten Feiern der Orthodoxen Kirche und wird zum Gedenken an die Taufe Jesu am Tag der Erscheinung des Herrn (Epiphanie) in der Orthodoxie weltweit begangen. Höhepunkt des von Psalmen, Bibellesung und Gebet getragenen Wortgottesdienstes ist das dreimalige Untertauchen eines kunstvollen Holzkreuzes durch den Metropoliten. Mit dem Kreuz werden der Donaukanal und alle Gewässer, die Anwesenden und die ganze Stadt Wien gesegnet.

In Wien wurde die Tradition der Wasserweihe 2007 von Metropolit Michael (Staikos) begründet. Der orthodoxe Segensgottesdienst ist mittlerweile ein selbstverständlicher Bestandteil des religiösen Brauchtums in der Bundeshauptstadt geworden. Die Feier am Donaukanal findet um die Mittagszeit statt, nach dem orthodoxen Festgottesdienst in der griechisch-orthodoxen Dreifaltigkeitskathedrale (Fleischmarkt 13). Im Laufe des Jänner wird der Segensgottesdienst dann auch noch in weiteren Städten in Österreich stattfinden, wo es größere orthodoxe Gemeinden gibt.

An der Feier in Wien werden nicht nur griechisch-orthodoxe Gläubige des Ökumenischen Patriarchats teilnehmen, sondern auch

Gläubige anderer orthodoxer Kirchen - etwa der rumänisch-orthodoxen und bulgarisch-orthodoxen -, die so wie das Ökumenische Patriarchat den Weihnachts-Festkreis nach dem Gregorianischen Kalender begehen und daher wie Katholiken und Protestanten am 6. Jänner das Epiphanie-Fest feiern. (Andere orthodoxe Kirchen, etwa die russisch-orthodoxe und die serbisch-orthodoxe feiern den Weihnachtsfestkreis nach dem Julianischen Kalender. Für sie ist am 6. Jänner der Heilige Abend und am 7. Jänner der Christtag.)

Durch die Taufe Jesu durch Johannes im Jordan wurde laut orthodoxer Theologie das Wasser dieses Flusses und aller Flüsse weltweit gesegnet. Deshalb werde, wie die orthodoxen Theologen betonen, mit der Großen Wasserweihe die ganze Natur und Schöpfung geweiht. In der Wasserweihe komme daher auch der Einsatz der Christen für die "Bewahrung der Schöpfung" zum Ausdruck.

Die Große Wasserweihe kam von Jerusalem über Konstantinopel (Istanbul) nach Osteuropa. Besonders feierlich wird sie seit dem 19. Jahrhundert in Konstantinopel und Moskau, aber auch in den Zentren der Orthodoxie in den USA begangen. In Konstantinopel und in Moskau wird das Kreuz im Wasser versenkt, junge Leute tauchen danach, der Finder des Kreuzes überreicht es dem Patriarchen.

(Infos: www.metropolisvonaustria.at)

I N T E R N A T I O N A L

Orthodoxe Christen feierten Weihnachten teils unter Terrorangst

In den östlichen Kirchen wird Weihnachten nach dem alten, julianischen Kalender 13 Tage nach dem Weihnachtsdatum der westlichen Christenheit begangen - Orthodoxen Kopten in Ägypten feierten in der Nacht zu Sonntag erstmals in ihrer neuen Kathedrale östlich von Kairo mit großem Polizeischutz

Bonn, 07.01.2018 (KAP/KNA) Unter teils enormen Sicherheitsvorkehrungen haben die orthodoxen Christen im Nahen Osten und weltweit am Wochenende das Weihnachtsfest gefeiert. In den östlichen Kirchen wird es nach dem alten, julianischen Kalender 13 Tage nach dem Weihnachtsdatum der westlichen Christenheit begangen.

Mit großem Polizeischutz feierten die orthodoxen Kopten in Ägypten in der Nacht zu Sonntag, 7. Jänner, erstmals in ihrer neuen Kathedrale östlich von Kairo einen festlichen Weihnachtsgottesdienst. An der vom koptischen Papst Tawadros II. zelebrierten Messe, die vom ägyptischen Staatsfernsehen übertragen wurde, nahm auch Präsident Abdel Fattah al-Sisi teil. Die provisorische Einweihung des Gotteshauses bezeichnete er als eine Botschaft des Friedens, der Sicherheit und der Liebe an die ganze Welt.

Der erst zur Hälfte fertiggestellte Bau liegt rund 45 Kilometer von Kairo entfernt in Ägyptens neuer Verwaltungshauptstadt New Cairo. Die Kathedrale mit dem Namen Christi Geburt soll Platz für 8.000 Gläubige bieten und wird damit zur größten Kirche des Nahen Ostens. Aus Angst vor Terrorattentaten hatten die ägyptischen Sicherheitsbehörden den Schutz für Kirchen massiv verstärkt. Al-Sisi hatte den Bau des neuen Gotteshauses nach einem schweren Anschlag auf die Kairoer Markus-Kathedrale im Dezember 2016 mit 25 Toten angeordnet.

Im palästinensischen Bethlehem sorgte derweil die Ankunft des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, Theophilos III., für einen Eklat. Eine aufgebrachte Menge palästinensischer Christen und Muslime protestierte gegen den Patriarchen, der wegen des Verkaufs von Kirchenland an jüdische Investor-

en in die Kritik geraten ist. Sein Konvoi erreichte die Bethlehemer Geburtskirche unter einem Hagel von Wurfgeschossen.

Der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill hielt in der Nacht zum Sonntag einen Gottesdienst in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale. Daran nahm auch Regierungschef Dmitri Medwedew teil. Russlands Präsident Wladimir Putin feierte Weihnachten in seiner Heimatstadt St. Petersburg, in der Kirche St. Simeon und Anna, in der sein Vater getauft worden war. In seiner Weihnachtsbotschaft würdigte er den Anteil der russisch-orthodoxen Kirche für Frieden und Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kritiker werfen Russlands Kirche eine zu große Staatsnähe vor.

Unterdessen wurde am Sonntag in Istanbul die bulgarisch-orthodoxe Sankt-Stefans-Kirche nach rund siebenjähriger Bauzeit wieder eröffnet. Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borissow dankte dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan bei der Feier für die Unterstützung des Projekts. Erdogan bezeichnete die 1898 erbaute Kirche am Ufer des Bosphorus als ein Schmuckstück für Istanbul. Er kündigte an, weitere Gebetshäuser anderer Religionen "in allen Ecken unseres Landes" wieder zugänglich zu machen.

Papst Franziskus wünschte den orthodoxen Christen und den Katholiken der orientalischen Kirchen ein frohes Weihnachtsfest. Bei seinem Angelus-Gebet am Samstag auf dem Petersplatz grüßte er insbesondere die koptischen Christen Ägyptens und ihr Oberhaupt, Papst Tawadros II. Die Geburt des Herrn möge eine Quelle neuer geistlicher Kräfte und weiterer Gemeinschaft unter den Christen werden, sagte Franziskus.

Ökumenischer Patriarch mahnt Achtung der Menschenrechte ein

Bartholomaios in Weihnachtsbotschaft: Alle Völker und Staaten müssen Menschenrechtserklärung von 1948 "uneingeschränkt respektieren" - Kirche kämpft für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden

Istanbul, 22.12.2017 (KAP) Zur Achtung und Wahrung der Menschenrechte hat der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. in seiner Weihnachtsbotschaft aufgerufen. Die Botschaft "Christus wird geboren" ertöne leider wiederum in einer Welt, "die von Gewalt, gefährlichen Spannungen, sozialer Ungleichheit und der Missachtung der grundlegenden allgemeinen Menschenrechte erfüllt ist", so der Patriarch. 2018 jähre sich zum 70. Mal die weltweite Proklamation der allgemeinen Menschenrechte, doch nach wie vor sei die Welt von Gewalt, gefährlichen Spannungen, sozialer Ungleichheit und der Missachtung der grundlegenden allgemeinen Menschenrechte erfüllt, schreibt Bartholomaios.

Nach der furchtbaren Erfahrung und den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs habe die Proklamation der Menschenrechte 1948 "die grundlegenden hohen Ideale propagiert, die alle Völker und alle Staaten der Erde uneingeschränkt respektieren müssen". Allerdings setze sich die Missachtung dieser Proklamation fort. Bartholomaios wörtlich: "Vielfältige Missbräuche und intendierte Missdeutungen der

Menschenrechte unterminieren ihren Rang und ihre Realisierung. Weiterhin gilt, dass wir weder gegenwärtig noch zukünftig aus der Geschichte Lehren ziehen wollen." Denn: "Weder die tragischen Erfahrungen von Gewalt, noch die Schändung der menschlichen Person, noch die Bekräftigung hoher Ideale konnten die Fortsetzung von Gewaltausübung und Kriegen, den Machthunger und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindern."

Auch der technische Fortschritt, herausragende Errungenschaften der Wissenschaft oder der wirtschaftliche Fortschritt hätten soziale Gerechtigkeit und Frieden nicht herbeiführen können. Im Gegenteil: "In unserer Zeit wächst das Wohlstandsdenken der Besitzenden und zerstört die Globalisierung die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Friedens."

Die Kirche könne diese "Bedrohungen der menschlichen Person" aber unmöglich ignorieren, so Patriarch Bartholomaios: "Wir kämpfen für den Menschen, für den Schutz der Freiheit und der Gerechtigkeit, im Wissen darum, 'dass der wahre Friede von Gott kommt'."

Jerusalems Kirchenführer sehen Status quo in Gefahr

Bei Neujahrsempfang von Israels Staatspräsident für Leiter der christlichen Kirchen dankte Patriarch Theophilos Gastgeber Rivlin aber auch für dessen Bemühen um Religionsfreiheit

Jerusalem, 28.12.2017 (KAP/KNA) Jerusalems Kirchenführer äußern sich besorgt über eine mögliche Änderung des Status quo in der Heiligen Stadt. Beim Neujahrsempfang von Israels Staatspräsident für die Leiter der christlichen Kirchen am Mittwoch dankte der orthodoxe Patriarch Theophilos III. Gastgeber Reuven Rivlin für dessen Bemühen um Religionsfreiheit und die Rechte der Christen. Zudem äußerte er laut israelischen Medienberichten vom Donnerstag die Hoffnung, "dass die gegenwärtigen Entscheidungsträger radikale Gruppen zügeln, die Jerusalem zu einer geschlossenen Gesellschaft machen wollen". Der Status quo müsse "ohne Änderung" in Kraft bleiben.

Rivlin versicherte den in seiner Residenz versammelten Geistlichen: "Heute wiederhole ich aufs Entschiedenste, dass der Staat Israel verpflichtet ist, allen Glaubensgemeinschaften in Jerusalem und im ganzen Land die religiösen Rechte auf Gottesdienste und andere Aktivitäten zu garantieren." Keine Gemeinschaft in der gegenwärtig dunklen Periode in den Ländern ringsum werde mehr verfolgt als die Christen, so der Präsident.

Innenminister Aryeh Deri verwies in seiner Ansprache auf das Geschenk, das US-Präsident Donald Trump allen Israelis mit der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt gemacht habe. Jerusalem werde weiter "eine Stadt

des Friedens für alle Gläubigen" sein. Er rief alle Religionsführer auf, sich gegenseitig zu respektieren. Sein Ministerium behandle Anfragen

von christlichen Geistlichen in Gemeindeangelegenheiten so kooperativ wie möglich, so der Minister.

Kirchenführer fordern zu Weihnachten Frieden für Jerusalem

Kritik an Trump-Entscheidung, den Status quo der heiligen Stadt dreier Religionen zu verändern

Bethlehem, 24.12.2017 (KAP) Zwei Tage vor Weihnachten haben die Oberhäupter verschiedener christlicher Kirchen für Frieden im Heiligen Land und vor allem für Jerusalem geworben. "Frieden beginnt mit Jerusalem", der Heiligen Stadt von Christen, Muslimen und Juden, sagte der frühere Lateinische Patriarch von Jerusalem, Michel Sabbah, bei einer Pressekonferenz am Samstag in Bethlehem. Dazu gehöre, dass der Status quo an den Heiligen Stätten gewahrt sein müsse.

Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Attallah Hannah kritisierte scharf die jüngste Erklärung von US-Präsident Donald Trump, mit der dieser Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt hatte. Diese Erklärung sei eine Beleidigung und ein Angriff auf die Bevölkerung, für Christen wie für Muslime, die Jerusalem als Heiligtum ihrer nationalen und religiösen Traditionen betrachteten.

Bischof Munib Younan, lange Jahre Präsident des Lutherischen Weltbundes, berichtete vor den Medienvertretern, er habe Trump bereits vor dessen Erklärung schriftlich

aufgefordert, "nichts zu unternehmen, was den Status quo von Jerusalem beeinträchtigt". Das würde Frieden und Gerechtigkeit "nicht nur in Jerusalem, sondern im gesamten Nahen Osten schädigen".

Der evangelische Pastor Mitri Rahab aus Bethlehem warf Trump vor, dem Heiligen Land mit seiner Jerusalem-Erklärung die Weihnachtsfeiern gestohlen zu haben. Der Franziskaner Ibrahim Faltas sagte, Trumps Erklärung habe die Palästinenserfrage wieder auf die Tagesordnung des Weltinteresses gebracht. Das sei auch ein "Sieg für die palästinensische Sache", denn diese sei "die Mutter aller Konflikte".

Faltas wandte sich gegen Vorschläge, wegen Trump die Weihnachtsfeiern abzusagen. "Wir sollten uns vielmehr über dieses Weihnachten freuen, es zusammen feiern und zum wichtigste Feiertag machen." Faltas rief die Bevölkerung Bethlehems auf, den Leiter des Lateinischen Patriarchats, Erzbischof Pierbattista Pizzaballa, bei seinem Einzug am Sonntag in der Stadt zu begrüßen und sich seiner Prozession zur Geburtskirche anzuschließen.

Serbischer Bischof äußert sich differenziert zur "Causa Stepinac"

Sprecher des serbischen Patriarchats Bischof Irinej kritisiert in Zeitungsinterview kirchliche und politische Kreise in Kroatien, würdigt zugleich aber Position von Papst Franziskus im Konflikt um mögliche Heiligsprechung des kroatischen Kardinal-Primas

Wien-Belgrad, 03.01.2018 (KAP) Differenziert hat sich der serbisch-orthodoxe Bischof Irinej (Bulovic) in einem aktuellen Interview mit der Belgrader Zeitung "Vecernje Novosti" zur "Causa Stepinac" geäußert. Rund um eine mögliche Heiligsprechung des kroatischen Kardinal-Primas Alojzije Stepinac (1898-1960) gibt es seit Jahren heftige Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche in Kroatien und der serbisch-orthodoxen Kirche. Der Konflikt wird zudem auch politisch instrumentalisiert. Bischof Irinej - er ist auch Sprecher des serbischen Pa-

triarchats - deutete im Interview Kritik an politischen Kräften und verschiedenen kirchlichen Verantwortungsträgern in Kroatien an, würdigte zugleich aber die Position von Papst Franziskus in dem Konflikt, wie die Stiftung "Pro Oriente" am Mittwoch berichtete.

Stepinac wurde am 8. Mai 1898 im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Krasic geboren. Er war von 1937 bis 1960 Erzbischof von Zagreb. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der kommunistischen Machtübernahme wurde Stepinac in einem

Schauprozess zu 16 Jahren Haft verurteilt, weil er während des Zweiten Weltkriegs mit den kroatischen Faschisten kollaboriert haben soll. Nach sechs Jahren Haft musste er die restliche Zeit bis zu seinem Tod in Hausarrest verbringen. Papst Johannes Paul II. hatte Stepinac 1998 selig gesprochen.

Von Juli 2016 bis Juli 2017 versuchte eine von Papst Franziskus in Auftrag gegebene ökumenische kroatisch-serbische Historikerkommission das Leben des Kardinals aufzuarbeiten. Die serbisch-orthodoxe Kirche hatte sich 2014 bezüglich einer möglichen Heiligsprechung von Stepinac brieflich an Papst Franziskus gewandt und schwere Bedenken im Hinblick auf dessen Rolle während der Zeit des sogenannten "Unabhängigen Staats Kroatien" im Zweiten Weltkrieg geäußert. Der Papst hatte daraufhin die Bildung der Dialogkommission angeregt.

Wie Bischof Irinej nun im Interview darlegte, seien die serbisch-orthodoxe und die kroatische römisch-katholische Seite bei den Treffen der gemischten Kommission und auch danach bei ihren Positionen geblieben. Die Tatsache, dass kroatische Politiker intensiv in die Diskussion eingegriffen hätten, sage aber einiges aus über die Natur und das Ziel der Auseinandersetzung. Man könne zwar nicht sagen, wie die Sache ausgehen werde, aber er sei sich bewusst, dass Papst Franziskus eine andere Auffassung von Kirche habe als bestimmte Kreise in Zagreb. Darüber hinaus seien auch aus Kroatien zahlreiche gemäßigte Stimmen zu hören.

Keine Annäherung durch die Kommission

Die Gemischte Kommission der Kroatischen Bischofskonferenz und der serbisch-Orthodoxen Kirche war höchstrangig besetzt; so u.a. mit dem Zagreber Kardinal Josip Bozanic, Diözesanbischof Ratko Peric (Mostar), Metropolit Porfirije von Zagreb-Ljubljana, Metropolit Amfilohije von Montenegro. Dazu kamen zahlreiche profilierte Historiker von beiden Seiten.

Im Juli 2017 musste die Kommission dann aber in ihrem Schlusskommunique u.a. wörtlich festhalten: "Man kam zur Erkenntnis, dass die verschiedenen Ereignisse, Schriften, Schweigephasen und Stellungnahmen nach wie vor Gegenstand verschiedener Interpretationen sind. Im Fall von Kardinal Stepinac sind die vorherrschenden Interpretationen der katholischen Kroaten und der orthodoxen Serben nach wie vor unterschiedlich".

Vom Vatikan wurde freilich schon zuvor betont, dass die Beratungen der Kommission ausdrücklich kein Teil des laufenden Heiligsprechungsprozesses von Stepinac seien. Dieser liege allein in der Kompetenz des Heiligen Stuhls.

Im November 2017 sagte Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin bei einem Besuch in Zagreb aber, dass eine etwaige Heiligsprechung von Stepinac aus Sicht des Vatikan nicht zu weiteren Spaltungen zwischen Kroaten und Serben führen dürfe. Zwar bleibe das Heiligsprechungsverfahren an sich "eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche", so Parolin bei einer Begegnung mit Medienvertretern. Es sei aber der Wunsch von Papst Franziskus, dass der Fall nicht zu neuen Streitigkeiten führe.

Kirchenpolitische Konflikte auf dem Balkan brodeln weiter

Sprecher des serbischen Patriarchats, Bischof Irinej (Bulovic), äußert sich in Zeitungsinterview zu Vorstoß des bulgarischen Patriarchats in Sachen der mazedonischen Kirche und zur Diskussion um den Kosovo und die Metochie

Belgrad-Wien, 05.01.2018 (KAP) Der serbisch-orthodoxe Bischof der Backa, Irinej (Bulovic), der zugleich auch Sprecher des serbischen Patriarchats ist, hat in einem Weihnachtsinterview mit der Belgrader Zeitung "Vecernje Novosti" zu heiklen kirchenpolitischen Problemen Stellung genommen, wie die Stiftung "Pro Oriente" berichtete. Ein Hauptthema des Interviews war die Frage der mazedonisch-orthodoxen Kirche, die

sich 1967 von der serbischen Kirche abgespalten hat und die seither in der ganzen orthodoxen Welt als schismatisch gilt.

Die Äußerung des Moskauer Patriarchen Kyrill I. bei der 100-Jahr-Feier der Wiedererrichtung des Moskauer Patriarchats zu Gunsten der Bewahrung der "kanonischen Einheit der serbisch-orthodoxen Kirche in ihren historischen Grenzen" spiegle das traditionelle orthodoxe

kirchliche Organisationsprinzip, betonte Bischof Irinej. Wer dieses Prinzip in Frage stelle, gefährde die kanonische Struktur der ganzen orthodoxen Weltkirche und bedrohe ernsthaft ihre Einheit.

Die vieldiskutierte jüngste Äußerung der bulgarisch-orthodoxen Kirche, wonach sie die mazedonisch-orthodoxe Kirche "unter ihre Fittiche" nehmen wolle, sei bisher nur "medial" bekannt; sie sei weder dem Ökumenischen Patriarchat noch dem serbisch-orthodoxen Patriarchat oder den anderen orthodoxen Schwesterkirchen offiziell mitgeteilt worden.

Nach seinen Informationen habe die bulgarisch-orthodoxe Kirche auch nur die Bereitschaft bekundet, auf Ersuchen der mazedonischen Kirche bei den anderen Schwesterkirchen zu intervenieren, damit der "nichtkanonische Zustand" Skopjes beendet wird, so Bischof Irinej. Zweifellos sei man sich in Sofia auch der Gefahr bewusst, dass die bulgarisch-orthodoxe Kirche ihrerseits in ein Schisma geraten könnte, wenn sie sich für eine schismatische Gruppe stark macht.

In diesem Zusammenhang verwies der in Novi Sad residierende Bischof der Backa auch darauf, dass die bulgarisch-orthodoxe Kirche deren Unabhängigkeit zunächst auf einem Firman des Sultans beruhte - bis 1945 im Schisma war. Offensichtlich befänden sich die bulgarischen Bischöfe "zwischen Scylla und Charibdis": Auf der einen Seite gebe es den Druck politischer und intellektueller Kreise in Bulgarien, die das alte Konzept, wonach die Mazedonier "integraler Bestandteil der bulgarischen Nation" seien, auf dem Weg über die Kirche revitalisieren wollen; auf der anderen Seite sei man sich der Risiken eines "Flirts" mit einer schismatischen Organisation auch im Hinblick auf die eigene jüngste Geschichte - als es in Bulgarien 1996 eine "Alternativ-Synode" unter dem Metropoliten Pimen von Nevrokop gab - wohl bewusst.

Auch das Angebot der mazedonischen Kirche, die bulgarisch-orthodoxe Kirche zu ihrer "Mutterkirche" zu proklamieren, sei ahistorisch, betonte der Bischof der Backa. Die geschichtlichen Verhältnisse in Südosteuropa seien "turbulent" gewesen, wenn man von einer "Mutterkirche" in diesem Raum spreche, dann könne das für alle nur die Kirche von Konstantinopel sein. Bischof Irinej zitierte die Erklärung des Heiligen Synods der Kirche von Griechenland, dass die bulgarische Einmischung in die Ju-

risdiktion der serbisch-orthodoxen Kirche einen Akt darstelle, der dem Kirchenrecht und der Tradition widerspreche, den Vorrang des Ökumenischen Patriarchats unterschätze und "möglicherweise zu schwierigen Entwicklungen führen" könne.

Sein Eindruck sei, dass von dem bulgarischen Vorstoß in erster Linie schismatische Bewegungen in Griechenland, der Ukraine, Australien, Nordamerika profitieren wollen, aber auch "ultrakonservative und unierte Kreise in der römisch-katholischen Kirche", die den Kurs von Papst Franziskus ablehnen und "mit boshafter Freude" meinen, das Beispiel der orthodoxen Kirchen zeige, dass die Einheit der Kirche ohne päpstlichen Absolutismus nicht möglich sei. Dazu kämen auch noch die Vorkämpfer einer synkretistischen "Weltreligion", die von der Zerstörung der historischen Religionen, vor allem des Christentums, träumen.

Serbien in Kosovo-Frage gespalten

Ausführlich beschäftigte sich der serbische Bischof in dem Weihnachtsinterview auch mit der Kosovo-Frage. Serbien sei in dieser Frage gespalten, so Bischof Irinej. Auf der einen Seite gebe es "weise und durchdachte" Haltungen, wie sie jüngst bei einer Diskussion an der "Matica Srpska" in Novi Sad zu Tag getreten seien, auf der anderen Seite "oberflächliche und unverantwortliche" Erklärungen aus dem Bereich der "Semi-Eliten" und "Pseudo-Eliten", in denen Serbien vorgeworfen wird, sich nicht vom "Ballast des Kosovo und der Metochie" befreit zu haben. Die Mehrheit der Serben stehe zweifellos nicht zu einer solchen Position, das müsse auch die Staatsspitze ernst nehmen. Persönlich sei er überzeugt, dass das serbische Volk seine Identität und deren Quelle, die im Kosovo und in der Metochie geformt worden sei, nicht missachten könne.

Leider werde die Wahrheit über das Leiden der serbischen Bevölkerung im Kosovo und in der Metochie auf internationaler Ebene solange begraben bleiben, als der Westen auf jenen Entscheidungen besteht, die sich bereits - "siehe Naher Osten, Katalonien" - als Bumerang erwiesen hätten, stellte der Bischof fest. Die serbisch-orthodoxe Kirche, aber auch viele serbische Wissenschaftler, Literaten, Journalisten usw. hätten aber ein starkes Zeugnis für diese Wahrheit abgelegt, u.a. in dem fundamentalen

Werk "Die Grundlagen des Kosovo", dessen zweite Auflage soeben auch in englischer Sprache erschienen sei.

"Es war immer Altserbien"

Bischof Irinej kritisierte den Belgrader Sprachgebrauch in Sachen Kosovo. Nach seiner Auffassung wäre es besser gewesen, von "Altserbien" zu sprechen, wie es Jahrhunderte hindurch auf allen europäischen Karten Brauch gewesen sei. Das 2007 erschienene Werk "Atlas Altserbiens: Europäische Karten des Kosovo und der Metochie" dokumentiere diese Tatsache. Mit Recht habe der montenegrinische Metropolit Amfilohije (Radovic) im Vorwort darauf verwiesen, dass auch in den Jahrhunderten der türkischen Herrschaft die europäischen Karten und Lexika den Kosovo und die Metochie immer als

"natürlichen und untrennbaren" Teil des serbischen Landes ausgewiesen hätten.

Die Feststellung des Belgrader Patriarchen Irinej in Moskau, dass man im Hinblick auf den Kosovo auf die brüderliche Hilfe Russlands rechnen, sei überaus positiv aufgenommen worden, berichtete der Bischof der Backa. Die russischen religiösen und politischen Führungspersönlichkeiten hätten deutlich gemacht, dass sie "die Serben nie verraten werden, außer wenn wir uns selbst verraten". Moskau werde auch den UNO-Beitritt des Quasi-Staats von Hashim Thaci verhindern, außer "Belgrad beugt sich dem westlichen Ultimatum, allenfalls in der Form eines Abkommens, in dem sich beide Länder verpflichten, einander beim Beitritt zu internationalen Organisationen nicht zu behindern".

Mazedonien-Streit: Bischöfe und Diplomaten bereiten Lösung vor

Belgrader Patriarch Irinej bleibt allerdings bei seiner negativen Haltung im Blick auf mögliche Kompromisse

Bonn, 09.01.2018 (KAP/KNA) Die Initiative der bulgarisch-orthodoxen Kirche, ihren isolierten Glaubensgeschwistern in der "Republik Makedonija" zu kanonischem Status innerhalb der Orthodoxie zu verhelfen, zieht nun auch einen Lösungsversuch für die politische Auseinandersetzung zwischen Skopje und seinem Hauptwidersacher Athen nach sich. Laut deutscher katholischer Nachrichtenagentur KNA kündigte der griechische Außenminister Nikos Kotzias zum Jahresbeginn an, dass eine Einigung im Namensstreit mit Mazedonien unmittelbar bevorstehe.

Die jugoslawische Teilrepublik Mazedonien hatte sich 1991 für unabhängig erklärt, wurde aber von Griechenland bis heute nicht unter ihrem Namen anerkannt. Dieses wollte bisher die Bezeichnung "Makedonia" nur dem eigenen griechischen Norden vorbehalten. Nun wurde offenbar ein Kompromiss gefunden, der demnächst im Athener Parlament zur Abstimmung kommen soll.

Dann fielen auch Griechenlands Einwände gegen eine eigene, interorthodox anerkannte Mazedonische Orthodoxe Kirche weg. Bisher war ihre Ablehnung durch Athen - neben dem Widerstand von Belgrad - das Haupthindernis für eine Normalisierung im schon seit 1967 schwelenden Anerkennungsstreit.

Der Belgrader Patriarch Irinej bleibt allerdings bei seiner negativen Haltung im Blick auf mögliche Kompromisse. In einem Interview für den kirchlichen TV-Sender "Hram" zum orthodoxen Weihnachtsfest am 6. Jänner verurteilte er die laufende Lösungsinitiative.

Inzwischen hat sich allerdings schon eine gemischte bulgarisch-mazedonische Kommission zur Reintegration der südslawischen Orthodoxen von Skopje in die orthodoxe Kirchenfamilie konstituiert. Auf ihrer ersten Sitzung erörterten die Kommissionsmitglieder "in brüderlicher christlicher Liebe" die kirchenrechtliche Situation der Mazedonischen Orthodoxen Kirche und die weitere Vorgangsweise für ihre künftige Communio mit der kanonischen Weltorthodoxie.

Die Kommission steht unter dem gemeinsamen Vorsitz des mazedonischen Primas, Erzbischof Stefan Veljanovski von Ohrid, und Metropolit Kiprian Ognjan von Stara Zagora. Kiprian ist mit 42 Jahren einer der jüngsten, aber auch agilsten bulgarischen Bischöfe. Aus dem Wirken in der US-Diaspora seiner Kirche verfügt der Spezialist für Kirchenmusik auch über gute ökumenische Kontakte und Erfahrungen. Als treibende Kraft bei den Bulgaren gilt aber Metropolit Nikolaj Sevastianov von Plovdiv.

Weitere wichtige Kommissionsmitglieder sind auf mazedonischer Seite der in Rom an der Päpstlichen Gregoriana ausgebildete Metropolit Petar Karevski von Prespa sowie Metropolit

Timotej Jovanovski von Debra. Jovanovski ist ebenfalls Absolvent des Orientalischen Instituts in Rom.

Belgrads Erzbischof: Königs-Stern will Christen zu Einheit führen

Grußbotschaft des katholischen Erzbischofs Hocevar an Patriarch Irinej zum orthodoxen Weihnachtsfest: "Bitte Sie demütig um Ihre Hilfe, damit wir alle immer und überall im Dienst der Einheit sein können"

Wien, 08.01.2018 (KAP) Der katholische Belgrader Erzbischof Stanislav Hocevar hat am 6. Jänner eine Grußbotschaft an den serbisch-orthodoxen Patriarchen Irinej gesandt und darin an die Symbolik des Sterns von Bethlehem erinnert. Anlass der Grußbotschaft war das orthodoxe Weihnachtsfest, das am Wochenende gefeiert wurde.

Wörtlich schrieb Hocevar laut Stiftung "Pro Oriente": "So wie der Stern von Bethlehem die Könige aus dem Morgenland geleitet hat, möge uns heute der Stern der Sterne, Jesus, die Sonne der Gerechtigkeit, auf den Weg der Einheit führen. Mehr denn je sind die Christen heute berufen, jene Einheit zu suchen, die sich in Jesus Christus verwirklicht. Wenn wir Christus verkünden, übernehmen wir die große historische Verantwortung, dass alle die Seinen in ihm tatsächlich eins sind."

Abschließend heißt es in der Grußbotschaft des katholischen Erzbischofs an den orthodoxen Patriarchen: "Eure Heiligkeit, indem ich Ihnen ein Weihnachten voll Freude

wünsche, bitte ich Sie demütig um Ihre Hilfe, damit wir alle - immer und überall - im Dienst der Einheit sein können." Die Grußbotschaft von Erzbischof Hocevar galt zugleich den Mitgliedern des Heiligen Synods, den Priestern, Mönchen und Nonnen und allen Gläubigen der serbisch-orthodoxen Kirche.

Papst Franziskus hatte beim Angelusgebet zu Dreikönig ebenfalls Grüße an die orthodoxen Kirchen zum ostkirchlichen Weihnachtsfest gesandt. Wörtlich sagte er: "Liebe Brüder und Schwestern, mehrere ostkirchlich-katholische und orthodoxe Kirchen feiern heute das Geburtsfest des Herrn. Ich spreche ihnen meine besten Wünsche aus. Diese freudige Feier ist eine Quelle neuer spiritueller Kraft und der Gemeinschaft unter uns Christen, die ihn als Herrn und Erlöser erkennen. Und ich möchte in besonderer Weise meine Nähe zu den koptisch-orthodoxen Christen zum Ausdruck bringen und meinen Bruder Tawadros II. anlässlich der Einweihung der neuen Kathedrale in New Cairo herzlich begrüßen."

Rumänischer Patriarch Daniel wirbt für innerorthodoxe Einheit

"Meinungsverschiedenheiten über das Konzil von Kreta haben nicht zur Aufhebung der eucharistischen Gemeinschaft zwischen den orthodoxen Schwesterkirchen geführt" - "Man kann orthodox sein ohne fanatisch zu sein"

Wien-Bukarest, 02.01.2018 (KAP) Der rumänisch-orthodoxe Patriarch Daniel hat in einem Interview mit dem rumänischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen TVR zum Jahreswechsel zur panorthodoxen Einheit aufgerufen. Im Hinblick auf die Diskussionen um das im Jahr 2016 abgehaltene Konzil von Kreta erinnerte der Patriarch laut "Pro Oriente"-Pressedienst daran, dass jene orthodoxen Kirchen, die in Kreta teilgenommen haben und jene, die nicht anwes-

end waren, "weiterhin in eucharistischer Gemeinschaft leben".

Wörtlich sagte Patriarch Daniel: "Es ist sehr wichtig, dass wir die eucharistische Gemeinschaft bewahren, auch wenn wir bisweilen unterschiedliche Positionen einnehmen. Meinungsverschiedenheiten, Divergenzen oder unterschiedliche Bewertungen des Großen und Heiligen Konzils von Kreta haben nicht zum Bruch der Einheit oder zur Aufhebung der eu-

charistischen Gemeinschaft zwischen den orthodoxen Schwesterkirchen geführt."

Im Dialog und durch Verhandlungen könnten die Texte des Konzils geklärt und verbessert und die Einheit des Glaubens bewahrt werden. Die rumänisch-orthodoxe Kirche habe sich intensiv auf das Konzil von Kreta vorbereitet, da die Entwürfe der Konzilstexte ja seit langem bekannt waren, unterstrich Patriarch Daniel. Die rumänisch-orthodoxen Theologen und Bischöfe hätten ihren Beitrag geleistet. Der Hauptakzent sei darauf gelegt worden, dass das Konzil nicht zu neuen Dogmen oder neuen kirchenrechtlichen Bestimmungen führen dürfe, vielmehr sollten die Konzilsdokumente "pastoralen und missionarischen Charakter" haben.

Daniel sagte, er bedaure nach wie vor zutiefst, dass vier orthodoxe Schwesterkirchen (die Kirchen von Antiochien, Georgien, Bulgarien und Moskau) auf Kreta nicht präsent waren. Umso größer sei die Notwendigkeit der "Kommunikation, der Kommunion und der Kooperation", um die gemeinsame Verantwortung der autokephalen Kirchen deutlich zu machen.

Die orthodoxen Kirchen seien selbständig (autokephal), "aber zugleich bilden sie die eine Kirche Christi". Es sei notwendig, zugleich mit der nationalen oder regionalen Autokephalie der einzelnen Kirchen auch die Universalität der ganzen Kirche darzulegen. Daher gehe es der rumänisch-orthodoxen Kirche darum,

zur Stärkung der panorthodoxen Einheit beizutragen. Das sei kein "besonderes Verdienst, sondern eine Pflicht".

Der Patriarch äußerte sich auch zur Ökumene. Die Delegation seiner Kirche habe auf Kreta dargelegt, dass die orthodoxe Kirche die "eine, heilige, katholische und apostolische Kirche" im Sinne des Glaubensbekenntnisses sei. Die anderen christlichen Gemeinschaften hätten sich hingegen "im Lauf der Zeit von dieser einen Kirche entfernt".

Was den Dialog mit den anderen christlichen Gemeinschaften betrifft, müsse man die praktischen Notwendigkeiten beachten, "insbesondere in Ländern, in denen die Orthodoxen minoritär sind". Man könne "orthodox sein, ohne fanatisch zu sein", unterstrich Patriarch Daniel.

In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass viele rumänisch-orthodoxe Gemeinden in der Diaspora die Liturgie in römisch-katholischen oder evangelischen Gotteshäusern feiern, "ohne dass dadurch Verwirrung im Glauben entsteht". Aus der Sicht der pastoralen Praxis sei es notwendig, "treu zu einem von der Liebe geprägten Glauben" zu stehen, ohne irgendeine Abneigung oder gar Hass gegen andere zu entwickeln. Wörtlich meinte der Patriarch abschließend: "Die Wahrheit des Glaubens muss bewahrt werden, aber sie muss so bezeugt werden, dass die Verbindung zwischen Glaube und christlicher Liebe sichtbar wird."

Patriarch: Putin hat in Syrien Genozid an Christen verhindert

Kyryll in Interview zum orthodoxen Weihnachtsfest: Russische Kirche wird humanitäre Hilfe leisten und den Wiederaufbau von "Kirchen, Moscheen und historischen Denkmälern" unterstützen - Würdigung des vor 100 Jahren von den Bolschewisten erschossenen Zaren Nikolaus II.

Vatikanstadt-Moskau, 09.01.2018 (KAP) Die von Wladimir Putin angeordnete militärische Intervention im Syrien-Konflikt habe einen "Genozid" an Christen im Land verhindert, und nun werde die russisch-orthodoxe Kirche die Aufgabe übernehmen, den Wiederaufbau von Kirchen, aber auch von Moscheen und historischen Denkmälern zu unterstützen: Dies betonte Patriarch Kyryll von Moskau in seinem traditionellen Fernsehinterview zum orthodoxen Weihnachtsfest, das der TV-Sender "Rossija 1" am 7. Jänner ausstrahlte. Mit Bezug auf die Lage christlicher Gemeinden im Nahen Osten erin-

nerte der russisch-orthodoxe Primas laut Bericht des vatikanischen "Fides"-Pressedienstes (Dienstag) auch an persönliche Erfahrungen, wenn es darum geht den Ansatz Russlands im Umgang mit den Ereignissen im Nahen Ostens in den vergangenen Jahren zu erklären.

"Im Jahr 2013", so der Patriarch, "kamen die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen nach Moskau, um den 1025. Jahrestag der Taufe der Rus zu feiern, und bei dem Treffen mit Wladimir Putin baten sie vor allem darum, dass Russland für den Schutz der Christen im Nahen Osten eintreten sollte. Ich freue mich", fügte Kyryll hin-

zu, "dass dies geschehen ist, und dank Russlands Intervention ein Genozid an Christen verhindert werden konnte". Das Oberhaupt der russischen Kirche versprach humanitäre Hilfe für die Bevölkerung im Nahen Osten und finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau von "Kultstätten, Klöstern, Denkmälern, einschließlich der muslimischen Denkmäler und historischen Monumente".

Kyrill zog auch eine Parallele zwischen den jüngsten Ereignissen in Syrien und der Entwicklung im Irak nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein und deren Auswirkungen auf die Lage der christlichen Gemeinschaften vor Ort. "Bereits 2014 war klar, dass die in Syrien begonnenen Konflikte von extremistischen Gruppen geschürt werden, die, sobald sie an die Macht kommen sollten, die christliche Präsenz in diesem Land beseitigen würden", so der Patriarch. "Deshalb haben Christen Assad und seine Regierung aktiv unterstützt und zogen dabei in Betracht, dass mit ihm im Land ein gewisses Gleichgewicht der Macht herrschte und, was besonders wichtig war, dass sich die Menschen so sicher fühlten."

Im Gegensatz dazu habe es im Irak einen drastischen Rückgang der einheimischen Christen gegeben, deren Gemeinden seit der Zeit der Apostel in diesen Gebieten verwurzelt waren. "Während des Regimes von Saddam Hussein", betonte Patriarch Kyrill, "besuchte ich den Irak, einschließlich des nördlichen Teils des Iraks. Ich war in Mossul, ich besuchte die alten christlichen Klöster: Ich sah die Hingabe der Menschen dort und ihre Freude darüber, dass die christlichen Kirchen in einer muslimischen Umgebung in Sicherheit existieren konnten. Heute ist praktisch nichts mehr davon übrig: die Klöster wurden zerstört, die Gotteshäuser wurden in die Luft gesprengt. Und genau das hätte auch in Syrien passieren können."

Fragen zum 100. Jahrestag des Zarenmordes

Ein weiteres zentrales Thema in dem Weihnachtsinterview war laut "Interfax" die Frage der Echtheit der Skelettfunde von Jekaterinburg, die Experten zufolge zur vor 100 Jahren von den Bolschewisten erschossenen Zarenfamilie gehörten. Der letzte Zar - Nikolaus II. (1868-1918) - wurde am 20. August 2000 zusammen mit seiner Frau und seinen Kindern in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale von der russisch-orthodoxen Kirche heiliggesprochen.

Die Gebeine der Familie wurden 1979 in der Nähe des ehemaligen Bergwerkschachts Ganina Jama, im Waldstück Vier Brüder nahe Jekaterinburg, entdeckt. Zu Zeiten der Sowjetunion konnte diese Entdeckung jedoch nicht öffentlich gemacht werden. 1991 wurden die Gebeine geborgen und ein Jahr später identifiziert, jedoch konnten diesbezügliche Zweifel wegen der fehlenden DNA-Ergebnisse nicht ausgeräumt werden. Am 17. Juli 1998 - auf den Tag genau 80 Jahre nach der Erschießung - wurden die sterblichen Überreste Nikolaus' und seiner Familie in der Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg beigesetzt.

Kyrill sagte, die Expertenarbeiten zu den mutmaßlichen Überresten der letzten russischen Kaiserfamilie würden rechtzeitig zum 100. Jahrestag der Erschießung abgeschlossen. "Die Expertenarbeit wird enden, wenn Spezialisten es beenden und sagen: Hier sind die Ergebnisse aller Tests. Niemand schleppt diesen Prozess absichtlich hinaus, aber es treibt auch niemand die Wissenschaftler an. Sie versuchen, die Fragen, die sich stellen, erschöpfend zu beantworten", sagte Patriarch Kyrill im "Rossija 1"-Weihnachtsinterview.

Er widersprach liberalen Historikern, die "immer noch Schmutz auf Zar Nikolaus schleudern, aber Zar Alexander II. in die Höhe heben". Unter dem Gesichtspunkt der Ermöglichung einer demokratischen Diskussion von Problemen und einer Beteiligung an der Politikgestaltung kämen dem letzten russischen Zaren mehr Verdienste zu als allen anderen, so Kyrill.

Die russische Herrscherfamilie sei nicht kanonisiert worden, weil Nikolaus II. "ein guter Herrscher oder ein weiser Diplomat oder Militärstrategie war, sondern er wurde ein Heiliger, weil er den Tod als Christ akzeptierte, nicht nur den Tod, sondern diesen ganzen schrecklichen Teil seines Lebens", so der Patriarch: "Er wurde verhaftet, beleidigt, schikaniert. Er war gestern noch Zar und dann der, der alles verloren hat. Dennoch: Was für ruhige Tagebücher hinterließ er, was für einen ruhigen christlichen Blick auf das, was mit ihm geschah, hatte er. Und das war charakteristisch nicht nur für ihn, sondern für alle Mitglieder seiner Familie", sagte der Patriarch und fügte hinzu, dass die Menschen, unabhängig von politischen Einschätzungen, "Respekt für diesen Lebensweg" haben müssten.

Im letzten Teil des Interviews bedauerte der Moskauer Patriarch die "Desintegration" in der russischen Gesellschaft. Das sei eine Herausforderung für Regierung und Parlament. Es sei Aufgabe der Innenpolitik, den Abstand zwischen Wohlhabenden und Armen zu verkleinern. Gerechtigkeit müsse das nationale

Leben prägen. In besonderer Weise erinnerte Kyrill an das Schicksal vieler Pensionisten in der Russischen Föderation, die von "gewissenlosen Geschäftemachern" aus ihren Wohnungen hinausgedrängt werden. Der Staat sei gefordert, ein "sehr striktes System" zur Verhinderung solcher Missbräuche zu entwerfen.

Orthodoxes "Tauwetter" zwischen Moskau und Bukarest geht weiter

Patriarch Kyrill nahm Einladung des moldawischen Präsidenten Dodon an - "Moskauer" Metropolit in Chisinau richtet an seinen "Bukarester" Amtsbruder in der moldawischen Hauptstadt Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit

Moskau-Chisinau, 28.12.2017 (KAP) Das "Tauwetter" zwischen den orthodoxen Patriarchaten von Moskau und von Bukarest geht weiter. Der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. empfing vor Kurzem den moldawischen Präsidenten Igor Dodon an seinem Amtssitz im Moskauer Danielskloster und nahm die Einladung des Präsidenten zur Teilnahme am "Weltkongress der Familien" an, der im September 2018 in Chisinau stattfindet. Nach Angaben des Pressediensts der Stiftung "Pro Oriente" wird Kyrill die Teilnahme am Kongress der "Internationalen Familienorganisation", die für die "natürliche Familie als einzige fundamentale und nachhaltige Basis der Gesellschaft" eintritt, mit einem Pastoralbesuch in der Republik Moldau verbinden.

Auf dem Hintergrund des Bessarabien-Konflikts war es auch zu starken Spannungen zwischen den orthodoxen Patriarchaten von Moskau und von Bukarest gekommen. Moskau betrachtet die seit 1991 von Russland unabhängige Republik Moldau als Teil seines "kanonischen Territoriums". Diese Moldauische Orthodoxe Kirche ist eine Metropolie des Moskauer Patriarchats unter Führung von Metropolit Vladimir (Cantarian). Auch Bukarest hat aber vor 25 Jahren wieder eine eigene bessarabische Metropolie mit Sitz in der moldawischen Hauptstadt Chisinau errichtet, die seither von Metropolit Petru (Paduraru) geleitet wird.

Wechselseitige Besuche

Zuletzt gab es Zeichen für eine Annäherung. Ende Oktober nahm der Moskauer Patriarch Kyrill in Bukarest am Gedenken an die Glaubenszeugen der rumänischen Kirche während der KP-Herrschaft teil. Der rumänisch-orthodoxe Patriarch Daniel (Ciobotea) wiederum reiste zur

jüngst zur 100-Jahr-Feier der Wiedererrichtung des Moskauer Patriarchats.

Der "Moskauer" Metropolit in Chisinau, Vladimir, hat nun aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der "Bukarester" Metropolie an den bessarabischen Metropoliten Petru eine Einladung "zum Dialog und zur engeren Zusammenarbeit" gerichtet. Vladimir verwies vor Journalisten darauf, dass er bei den 100-Jahr-Feiern in Moskau Anfang Dezember sowohl mit dem rumänischen Patriarchen Daniel als auch mit dem Metropoliten von Targoviste, Nifon (Mihaita), über die Notwendigkeit eines Dialogs in der Republik Moldau gesprochen habe: "Wir sind Orthodoxe und sie sind Orthodoxe, wir brauchen gegenseitiges Verständnis und Brüderlichkeit".

Aus der Umgebung von Metropolit Petru hieß es, die "Bukarester" Metropolie in Chisinau sei seit ihrer Wiederbegründung 1992 offen für den Dialog. "Wir sind alle Orthodoxe, es gibt zwei getrennte Strukturen, eine gehört zu Moskau, eine zu Bukarest, aber wir können und müssen zusammenarbeiten", sagte Bischof Antonie (Telembici) von Orhei, der engste Mitarbeiter von Metropolit Petru.

97 Prozent orthodox

Bei der Volkszählung 2014 bekannten sich 97 Prozent der Bewohner Moldawiens als orthodox. Präsident Dodon, der als "moskau-freundlich" gilt, hat wiederholt die Bedeutung der Orthodoxie für die Republik Moldau betont: "Ich bin überzeugt, dass Moldau ohne den orthodoxen Glauben keine Zukunft hat. Wir müssen unsere orthodoxe Kirche stärken", erklärte er.

Im Gespräch mit Patriarch Kyrill betonte der Präsident, wie notwendig es sei, in den Län-

den orthodoxer Tradition die Werte der Familie zu stärken. Dies sei insbesondere angesichts der Tatsache notwendig, "dass es heute Tendenzen

zur Abwertung des traditionellen Familienverständnisses gibt".

Georgien: Patriarch Ilia feierte 40-Jahr-Jubiläum im Amt

Gottesdienst in Kathedrale von Mzkheta mit Präsident Margvelashvili und Ministerpräsident Kvirikashvili - Glückwunschsreiben des Moskauer Patriarchen verlesen

Tiflis, 27.12.2017 (KAP) Mit einem festlichen Gottesdienst in der historischen Kathedrale von Mzkheta, dem religiösen Mittelpunkt Georgiens, wurde am 25. Dezember des 40. Jahrestages der Inthronisation des georgisch-orthodoxen Katholikos-Patriarchen Ilia (Elias) II. gedacht. Es wäre nicht möglich gewesen, diese 40 Jahre "ohne die Liebe des gläubigen Volkes" zu bestehen, betonte der Katholikos-Patriarch bei dem Gottesdienst. Wörtlich sagte Ilia II., der sein Amt noch unter dem sowjetischen Parteichef Leonid Breschnjew angetreten hatte: "Es waren die schwierigsten 40 Jahre, aber wir haben sie dank dem Segen Gottes und seiner Hilfe bestanden. Ich wäre nicht imstande gewesen, das allein zu tun, ohne eure Hilfe und eure Liebe."

An der Liturgie nahm auch der georgische Präsident Giorgi Margvelashvili teil. Vor 40 Jahren habe noch niemand absehen können, dass die Inthronisation von Ilia II. zum "wichtigsten Ereignis in der georgischen Geschichte der letzten Jahrzehnte" werden würde, sagte der Präsident. In einer Zeit dramatischer Veränderungen habe der Katholikos-Patriarch durch seine weise Führung und seinen liebevollen Dienst eine "solide Grundlage für die Einheit und den Fortschritt der georgischen Gesellschaft" geschaffen.

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Giorgi Kvirikashvili, der den Dienst des Patri-

archen als einen "Segen Gottes" vom spirituellen Standpunkt und als "historisches Ereignis" vom säkularen Standpunkt aus bezeichnete. Unter der Leitung von Ilia II. seien viele Kirchen erbaut oder restauriert worden, das monastische Leben sei wiederaufgeblüht, all dies sei das große Verdienst des Katholikos-Patriarchen.

Bei der Liturgie wurde ein Glückwunschsreiben des Moskauer Patriarchen Kyrill I. verlesen, in dem es u.a. hieß: "Dein Wort hat Gewicht und Bedeutung für alle, die dich kennen und lieben, die für dich beten und deinen Segen erbitten."

Das 40-Jahr-Gedenken der Inthronisation von Ilia II. hätte ursprünglich unter Teilnahme von orthodoxen Delegationen aus aller Welt festlich begangen werden sollen. Der Katholikos-Patriarch annullierte aber im Mai "im Hinblick auf die instabile Weltsituation" diese Pläne. Zudem hatte sich der Gesundheitszustand des aus dem nordossetischen Wladikawkas stammenden Patriarchen, der am 4. Jänner 85 Jahre alt wird, verschlechtert. Aus diesem Grund hatte Ilia II. auch im November die Ernennung eines "Locum tenens" für das georgische Patriarchat bekanntgegeben. Der "Locum tenens" ist Metropolit Schio (Mudschirij) von Senaki, der auch für die georgisch-orthodoxen Pfarrgemeinden in Australien zuständig ist.

Schon über 1.100 Kirchen in Moskau, aber Bauboom hält an

Metropolit Hilarion: "Bauen Kirchen nicht, um eindrucksvolle statistische Zahlen zu erzielen, sondern weil die Leute das wollen"

Moskau, 28.12.2017 (KAP) Die Russisch-orthodoxe Kirche hat in den letzten 30 Jahren mehr als 30.000 Gotteshäuser renoviert oder neu errichtet. Dies teilte der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion (Alfejew), in der TV-Sendung "Kirche und Welt" mit. Insgesamt gebe es derzeit 40.000 russisch-

orthodoxe Kirchen in 60 Staaten, fügte der Metropolit hinzu. Wenn die Bautätigkeit so weiter gehe, werde sich die Zahl der russisch-orthodoxen Gotteshäuser in 25 bis 30 Jahren verdoppeln und damit wieder den Stand von 1914 erreichen.

"Wir bauen aber Kirchen nicht, um eindrucksvolle statistische Zahlen zu erzielen, sondern weil die Leute das wollen", betonte Hilarion. Man dürfe nicht vergessen, dass Bau oder Renovierung der meisten Gotteshäuser von den Gläubigen finanziert werde, "sowohl von den kleinen Leuten als auch von Unternehmern". Wörtlich stellte der Metropolit fest: "Gotteshäuser werden nicht als architektonische oder künstlerische Monumente erbaut, sie sind für die Menschen da".

Meistens gebe es zunächst eine Gemeinde, die sich in einem Provisorium versammle, um die Liturgie zu feiern. Dann erst beginne die Sammlung von Geld für den Bau eines würdigen Gotteshauses. Das sollten die Kritiker bedenken,

die meinen, dass viele neue oder wiederhergestellte Gotteshäuser leer bleiben würden.

Patriarch Kyrill I. hatte bei der jüngsten Moskauer Diözesanversammlung erklärt, dass die Zahl der orthodoxen Gotteshäuser in der Moskauer Eparchie (Diözese) im Jahr 2017 um 24 auf jetzt 1.154 zugenommen habe. Die Zahl der Geistlichen sei um 23 auf 1.711 gestiegen, unter ihnen 26 Bischöfe, 1.289 Priester und 396 Diakone. 2018 sollen nach Angaben des Patriarchen 33 Neupriester für die Moskauer Eparchie geweiht werden.

Wie Kyrill bei der Diözesanversammlung weiter mitteilte, gebe es derzeit in der russischen Hauptstadt 15 Männerklöster mit 1.029 Mönchen und 18 Frauenklöster mit 970 Nonnen.

Russische Kirche lehnt Kalenderreform ab

Metropolit Juwenalij: Diskussion über Übernahme des Gregorianischen Kalenders "noch nicht an der Zeit" - Verfolgte Orthodoxe Kirche blieb 1918 bei Kalenderreform der Kommunisten bei der Julianischen Zeitrechnung

Moskau, 30.12.2017 (KAP/KNA) Russlands orthodoxe Kirche lehnt die Übernahme des Gregorianischen Kalenders weiterhin ab. "Ich finde, es ist noch nicht an der Zeit, die Frage des Kalenders zu diskutieren", sagte Metropolit Juwenalij am Wochenende in einem Zeitungsinterview. "Die Zweckmäßigkeit einer Änderung in diesem Bereich ist keinesfalls offensichtlich."

Gegen eine Kalenderreform spricht dem Bischof zufolge die russische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die neuen kommunistischen Machthaber hatten in Russland 1918 den Gregorianischen Kalender eingeführt. Weil die Kirche von den regierenden Kommunisten verfolgt worden sei, habe die Mehrheit der Gläubigen eine Übernahme des Kalenders durch die Kirche als "Kompromiss mit den gottlosen Herrschern" angesehen und daher abgelehnt.

Juwenalij gehört seit 1977 dem obersten Leitungsgremium des Moskauer Patriarchats, dem Heiligen Synod, an und ist zugleich der dienstälteste Metropolit Russlands.

Die russisch-orthodoxe Kirche befolgt bis heute den Julianischen Kalender und feiert Weihnachten 13 Tage später als Katholiken und Protestanten - am 7. Jänner des Gregorianischen Kalenders. Die orthodoxen Kirchen von Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien, Rumänien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Albanien und Finnland richten sich hingegen beim Weihnachtsfest nach dem Gregorianischen Kalender und feiern Christi Geburt am 25. Dezember. Beim Osterfest halten sich jedoch weiter alle orthodoxen Kirchen - mit Ausnahme der finnischen - an den Julianischen Kalender.

Ukraine: Kriegsgefangenen-Austausch auf Kirchen-Vermittlung

Übereinkunft war am Montag im Danielskloster, der offiziellen Residenz des Moskauer Patriarchen, finalisiert worden

Wien-Moskau-Kiew, 27.12.2017 (KAP) Im Ukraine-Konflikt haben die Kiewer Regierung und die pro-russischen Rebellen am Mittwoch, 27. Dezember, mit einem Austausch von Kriegsgefangenen begonnen. Auf der Grundlage

einer am vergangenen Montag im Danielskloster in Moskau auf Vermittlung des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. finalisierten Übereinkunft sollen insgesamt 306 von ukrainischen Regierungstruppen gefangengehaltene

Milizionäre aus der Ostukraine und 74 ukrainische Soldaten, die sich in der Hand der Separatisten befinden, freigelassen werden.

Der Sonderbeauftragte für die Ukraine der aktuellen österreichischen OSZE-Präsidentschaft, Botschafter Martin Sajdik, begrüßte den Gefangenenaustausch als einen "wichtigen Schritt, den die Gefangenen und ihre Familien seit langem erhofft haben". Dem Austausch komme auch "hohe symbolische Bedeutung" zu.

Patriarch Kyrill sagte nach Angaben des Pressediensts der Wiener Stiftung "Pro Oriente" am Montag nach den Gesprächen mit den Führern der beiden separatistischen Republiken, Alexander Zachartschenko (Donetsk) und Leonid Paseschnik (Lugansk), sowie dem ukrainischen Politiker und Oligarchen Wiktor Medwedtschuk, er betrachte den endlich zustande gekommenen Gefangenenaustausch nur als einen Anfang. Er hege die "innige Hoffnung", dass bald "alle Gefangenen" freigelassen werden.

Für die russisch-orthodoxe Kirche sei das sehr wichtig, weil ihre Kinder "auf beiden Seiten des Konflikts" vertreten sind. Der Konflikt im Donbas schwäche alle Beteiligten, betonte der Moskauer Patriarch: "Niemand braucht diesen Konflikt; er kostet viele Menschen das Leben. Beide Seiten sind aufgefordert, das zu beenden."

Die orthodoxe Kirche sei zutiefst betrübt, "wenn Brüder gegeneinander die Hand erheben".

Dass es bei den zu Wochenbeginn finalisierten Verhandlungen auf beiden Seiten eine konstruktive Haltung gegeben habe, schätze er überaus, unterstrich Kyrill. Die Verhandlungen, die sich seit längerer Zeit hinzogen, seien nicht einfach gewesen. Die orthodoxe Kirche habe daran teilgenommen, "soweit es angemessen war". Sehr wichtig sei der Beitrag des Kiewer Metropoliten Onufrij (Berezowskij) gewesen.

Im Gespräch mit Journalisten unterstrich Kyrill die "Notwendigkeit einer raschen friedlichen Lösung" für den Konflikt im Donbas. Er hoffe, dass der jetzt begonnene Prozess weitergehen wird, um einen "dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit" aufzubauen.

Den letzten Gefangenenaustausch zwischen Kiewer Regierung und ostukrainischen Separatisten hatte es vor 15 Monaten gegeben. Danach war der Prozess mit wechselseitigen Schuldzuweisungen ins Stocken gekommen.

Am 15. November bat Medwedtschuk den russischen Präsidenten Wladimir Putin um Unterstützung. Medwedtschuk unterstrich am Montag die Bedeutung der Tatsache, dass die endgültige Übereinkunft über den Gefangenenaustausch im Danielskloster, in der offiziellen Residenz des Moskauer Patriarchen, erreicht werden konnte.

Katholisch-Orthodoxe Annäherung: Ausstellungen in Moskau und Rom

In Moskau wird die Ausstellung "Die Romanows und die Päpstlichen Staaten" gezeigt, in Rom die Fotoausstellung "Barmherzigkeit in Russland"

Moskau-Rom, 26.12.2017 (KAP) Zwei neue Ausstellungen in Moskau und Rom verweisen auf die Annäherung zwischen römisch-katholischer und russisch-orthodoxer Kirche bzw. zwischen Russland und dem Heiligen Stuhl: In Moskau wird die Ausstellung "Die Romanows und die Päpstlichen Staaten: 1613-1917, Russland und der Vatikan" gezeigt. In Rom ist im Palazzo della Cancelleria die Ausstellung "Barmherzigkeit in Russland" zu sehen. Die Moskauer Ausstellung zeichnet die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland unter der Romanow-Dynastie und dem Heiligen Stuhl nach. Es ist die erste gemeinsame Ausstellung der russischen und vatikanischen Archive; dabei sind Schätze zu sehen, die bisher nur wenigen Kundigen

bekannt waren. Das berichtete die in Wien ansässige Stiftung "Pro Oriente" am Christtag.

Der Leiter des Russischen Staatsarchivs, Andrej Artizow, sagte bei der Eröffnung der Ausstellung, dass die Beziehungen zwischen Russland und Heiligem Stuhl rund 500 Jahre zurückreichen. Es habe zwar immer wieder Unterbrechungen dieser Beziehungen gegeben, aber letztendlich habe der "gesunde Menschenverstand" und der Wunsch nach Dialog immer die Oberhand behalten. Auch der Apostolische Nuntius in Moskau, Erzbischof Celestino Migliore, verwies auf die umfassende Bedeutung des Dialogs zwischen dem kaiserlichen Russland und dem Heiligen Stuhl. Die Ausstellung sei eine Wegmarkierung auch für das heutige Zusammenwirken des Heiligen Stuhls und der

Russischen Föderation für das Allgemeinwohl der Menschheit und für den Dialog zwischen römisch-katholischer und russisch-orthodoxer Kirche.

Der "Archivar und Bibliothekar der römischen Kirche", Erzbischof Jean-Louis Bruges, berichtete, dass die russischen Experten bei ihrem Besuch im vatikanischen Archiv 32 "überaus bedeutsame Dokumente" für die Ausstellung ausgesucht hätten, u.a. ein Dokument über das römische Treffen zwischen Papst Gregor XVI. und dem russischen Kaiser Nikolaus I. im Dezember 1845. und ein "von großer Sympathie gekennzeichnetes" Dankschreiben von Zar Alexander III. an Papst Leo XIII. nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf den russischen Kaiser 1887.

In der Ausstellung ist erstmals in Moskau auch ein bedeutsames Dokument aus der Zeit von Katharina II. zu sehen: Jene Bulle von Papst Pius VI., mit der 1784 die Schaffung der römisch-katholischen Erzdiözese Mogilew (die für das ganze Russische Reich mit Ausnahme von Polen-Litauen zuständig war) und die Einsetzung von Stanislaw Siestrzencewicz als Erzbischof anerkannt wurde. Im Leben von Siestrzencewicz (1731-1826) - einer brillanten Erscheinung auch im Bereich der Theologie und der Naturwissenschaft - spiegelte sich die Welt des "Ancien Regime": Er stammte aus einer kalvinistischen weißrussischen Adelsfamilie, studierte an verschiedenen Universitäten in Europa, war Offizier und konvertierte unter dem Einfluss des Fürsten Radziwill zur katholischen Kirche. Er trat ins Priesterseminar ein, wurde Priester und schon sehr jung zum Bischof ernannt. Er genoss das Vertrauen von Katharina II. und veranlasste später ab 1800 die Übersiedlung der zentralen Einrichtungen der Erzdiözese Mogilew an einen glanzvollen Sitz in St. Petersburg.

Insgesamt sind in der Ausstellung (bis 18. Februar) 250 historische Dokumente und Artefakte (einschließlich liturgischer Gefäße und Textilien) sowie religiöse Kunstwerke zu sehen. Die Exponate stammen nicht nur aus dem vatikanischen Archiv, sondern auch aus dem Russischen Staatsarchiv, aus den Kreml-Museen, aus der Eremitage und aus dem Historischen Archiv des russischen Außenministeriums.

Auf den Spuren von Mutter Teresa

Die Ausstellung "Barmherzigkeit in Russland" im römischen Palazzo della Cancelleria ist eine Foto-Ausstellung, die auf eine gemeinsame Initiative des Charity-Fonds des Heiligen Gregor des Theologen, der Vereinigung "Sophia: Russische Idee, europäische Idee", der Internationalen Akademie "Sapientia et Scientia" und der Stiftung "Dialogue of Cultures - One World" zurückgeht. Unterstützt wird die Initiative vom Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen und dem Außenamt des Moskauer Patriarchats.

Nach Angaben der Kuratorin der Ausstellung, Ekaterina Sobolewa, war das von Papst Franziskus proklamierte "Jahr der Barmherzigkeit" Ausgangspunkt für die Ausstellungsidee: "Wir wollten die karitative Tätigkeit der russisch-orthodoxen Kirche darstellen, unter Berücksichtigung der spirituellen Komponente". Zugleich gehe es auch darum, die Übereinstimmung zwischen katholischer und orthodoxer Tradition im Hinblick auf die Zuwendung zu den Notleidenden aufzuzeigen. Die Ausstellung beginnt mit der Fotodokumentation des Besuchs von Mutter Teresa von Kalkutta in Moskau 1988; der damalige Moskauer Patriarch Pimen hatte sie im Zusammenhang mit den 1.000-Jahr-Feiern der Taufe der Rus eingeladen.

Die Ausstellung mit eindrucksvollen Fotos russischer Pressefotografen behandelt die Hilfe für Kinder, für behinderte Menschen, für Ältere, für Obdachlose, für Gefangene und für Flüchtlinge. Eine Serie zeigt den Besuch einer gemeinsamen Delegation des Moskauer Patriarchats und der katholischen Kirche in Russland in Lagern für syrische Flüchtlinge in der libanesischen Bekaa-Ebene. Die Fotos der Ausstellung im Palazzo della Cancelleria stammen aus privaten, staatlichen und kirchlichen Archiven, einschließlich dem Archiv der russischen Nachrichtenagentur TASS und dem Archiv des Moskauer Patriarchats.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung teilte der Vorsitzende der Stiftung "Dialogue of Cultures", Ruslan Bayramow, mit, dass eine Statue von Mutter Teresa, die seine Organisation Papst Franziskus geschenkt habe, demnächst nahe eines neuen römischen Gotteshauses, das dem heilig gesprochenen "Engel der Armen" geweiht ist, aufgestellt werden wird.

Finnland: Progressiver Metropolit muss in Pension gehen

Kopf der "Erneuerer", Metropolit Ambrosius Jääskeläinen von Helsinki, wurde von Synode der SOK in den Ruhestand versetzt und sein Kirchensprengel zur Primas-Diözese erhoben - Nachwirkung des Ekklats wegen liturgischer Einbeziehung einer Bischöfin

Helsinki, 09.01.2018 (KAP/KNA) In der Orthodoxen Kirche von Finnland (Suomen Ortodoksinen Kirkko/SOK) ist mit Jahresende ein mehrjähriger Reformanlauf durch administrative Maßnahmen zu Ende gegangen. Das Haupt der "Erneuerer", Metropolit Ambrosius Jääskeläinen von Helsinki, wurde von der Synode der SOK in den Ruhestand versetzt und sein Kirchensprengel - Zentrum der Reformbestrebungen bis hin zur Frauenordination - zur Primas-Diözese erhoben; dies war bisher Kuopio in Karelien. Der dortige Primas-Erzbischof Leo Makkonen residiert deshalb mit Jahresbeginn nicht mehr in Kuopio, sondern in der Hauptstadt Helsinki. Die Neuerungen waren im Anschluss an die Synode im Dezember auf dem Portal der SOK - www.ort.fi - veröffentlicht worden. Kuopio ist ebenso wie Erzbischof Leo Makkonen konservativ geprägt.

Das orthodoxe Christentum fand in Karelien schon im Mittelalter in seiner ostslawischen Form Eingang. Nach der Verbindung Finnlands mit Russland als eigenständiges Großfürstentum 1809 traten - wie im Baltikum - auch finnische Lutheraner zur Russischen Orthodoxen Kirche über: in erster Linie Staatsbeamte und Offiziere. Nach Finnlands Unabhängigkeit 1917 lösten sich seine Orthodoxen von Moskau. Seitdem bilden sie eine "autonome" Kirche im Verband des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel.

Ab den 1970er Jahren mehrten sich Konversionen aus Finnlands lutheranischer Intelligenz zur orthodoxen Kirche. Dank ihrer höheren Bildung erlangte diese Gruppe bald ein Übergewicht gegenüber den traditionellen "russischen" (karelischen) Gläubigen und den Nachkommen der kaiserlichen Staatsdienerschaft.

Aus den Reihen der 1970er-Konvertiten kamen zwei der vier orthodoxen Bischöfe in Finnland: Ambrosius von Helsinki und Panteleimon Sarho des nördlichen Oulu. Ihr Eintreten für Reformen in Liturgie und Kirchenpraxis führte zu wachsenden Spannungen mit den von der russischen Orthodoxie geprägten Traditionalisten.

Der Konflikt erreichte 2015 seinen Höhepunkt: Metropolit Ambrosius Jääskeläinen - selbst evangelischer Konvertit - hatte die lutherische Bischöfin Irja Askola zur Teilnahme an einer orthodoxen Priesterweihe eingeladen. Im Eucharistischen Hochgebet wurde dann ihr Name - und zwar in einer Reihe mit den orthodoxen Patriarchen - kommemoriert, was einen Eklat auslöste.

Die Sache ging bis in den Phanar nach Istanbul, wo Patriarch Bartholomaios I. von Ambrosius eine Distanzierung von seinem Verhalten forderte. Nachdem dieser das verweigert hatte und auch einer Vorladung nach Konstantinopel nicht Folge leistete, war die Synode am Zug. Diese beschloss, den Metropolitan-sprengel aufzulösen und den Leiter zum Amtsverzicht zu nötigen.

Offizielle Begründung der Maßnahme ist laut "ort.fi" allerdings die Gläubigen-Verschiebung. So lebten in der Stadt Helsinki heute mehr Orthodoxe als in der gesamten Erzdiözese Kuopio-Karelien, für die die Synode im Frühjahr einen neuen Bischof wählen werde.

Bis zuletzt hatte Metropolit Ambrosius die Absicht bekundet, sein Amt auf Lebenszeit auszuüben. Kirchliche Beobachter in Finnland schließen nun eine Spaltung in dessen orthodoxer Kirche nicht aus.

Kardinal Koch: Suche nach Kircheneinheit wachhalten

Präsident des Päpstlichen Einheitsrates in "Tagespost"-Interview: Große Enttäuschung, dass nicht wenige Christen Suche nicht mehr für wichtig halten

Bonn, 04.01.2018 (KAP/KNA) Der Präsident des Päpstlichen Einheitsrats, Kardinal Kurt Koch, ist davon überzeugt, dass die Suche nach der Einheit der Kirchen "in liebenswürdiger Hartnäckigkeit" wachgehalten werden muss. Sie entspreche dem Willen Jesu Christi, sagte Koch der katholischen Zeitung "Die Tagespost" (3. Jänner). Deshalb bestehe für ihn auch die größte Enttäuschung darin, dass nicht wenige Christen die Suche nicht mehr für wichtig hielten.

Als Beispiel nannte der Kardinal den liberalen Flügel der evangelischen Theologie in Deutschland. Dort werde immer stärker die These vertreten, mit der Reformation habe endlich jene Pluralisierung der lateinischen Christenheit begonnen, die in der permanenten Konkurrenz von selbstständigen Konfessionskir-

chen Gestalt gefunden habe. Das Christentum sei damit in der Form des Protestantismus modernitätsverträglich gemacht worden, und dies dürfe mit einer neuen Einheitssuche nicht wieder infrage gestellt werden, skizzierte Koch diese Haltung.

Zugleich zeigte der Kardinal sich dankbar, dass 2017 ein gemeinsames Reformationsgedenken möglich geworden sei. Auch die anderen Dialoge mit den griechisch-orthodoxen und den orientalischem-orthodoxen Kirchen machten Fortschritte. Als positiv bewertete es Koch gleichfalls, dass es seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) immer Päpste mit einem "offenen ökumenischen Herzen" gegeben habe.

Vor 70 Jahren wurde der Weltkirchenrat begründet

350 evangelische, orthodoxe, anglikanische, altkatholische und altorientalische Kirchen gehören dem Kirchen-Dachverband heute an - Die römisch-katholische Kirche ist nicht Mitglied, hält aber auf verschiedene Weisen engen Kontakt

Wien-Genf, 08.01.2018 (KAP) Vor 70 Jahren wurde der Weltkirchenrat (Ökumenischer Rat der Kirchen/ÖRK) gegründet, dem derzeit rund 350 evangelische, orthodoxe, anglikanische, altkatholische und altorientalische Kirchen angehören. Der Weltkirchenrat vertritt damit rund 500 Millionen Christen auf der ganzen Welt. In der Nieuwe Kerk von Amsterdam wurde am 23. August 1948 der Eröffnungsgottesdienst der ersten ÖRK-Vollversammlung abgehalten.

Während die meisten der 147 Gründungsmitglieder europäische und nordamerikanische Kirchen waren, setzt sich die gegenwärtige Mitgliedschaft vorwiegend aus Kirchen in Afrika, Asien, der Karibik, Lateinamerika sowie dem Nahen und Mittleren Osten sowie dem pazifischen Raum zusammen.

Die römisch-katholische Kirche ist kein Mitglied des Weltkirchenrats, hält aber enge Kontakte zu ihm und gehört einer der tragenden Säulen des ÖRK - der Kommission "Faith and Order" (Glaube und Kirchenverfassung) - als Vollmitglied an; seit 1965 gibt es auch eine ge-

meinsame Arbeitsgruppe des Weltkirchenrats und des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen.

Der Weltkirchenrat hat seinen Sitz in Genf. Höchstes Entscheidungsgremium ist die Vollversammlung, die ca. alle acht Jahre zusammentritt. (Die zehnte und bisher letzte Vollversammlung fand 2013 in Busan/Korea statt.) Zwischen den Vollversammlungen tagt jedes zweite Jahr der Zentralausschuss. ÖRK-Generalsekretär ist derzeit der norwegische lutherische Pastor Olav Fykse Tveit.

Die historischen Wurzeln des Ökumenischen Rates der Kirchen liegen in den Studenten- und Laienbewegungen des 19. Jahrhunderts, der Weltmissionskonferenz 1910 in Edinburgh und in einer Enzyklika des Patriarchen von Konstantinopel aus dem Jahr 1920, in der die Schaffung eines "Kirchenbundes" nach dem Vorbild des Völkerbundes vorgeschlagen wurde. Führende kirchliche Persönlichkeiten, die mehr als 100 Kirchen vertraten, beschlossen 1937/38, einen Ökumenischen Rat der Kirchen zu gründen, die

Umsetzung dieses Beschlusses wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges jedoch aufgeschoben. 1948 war es dann schließlich soweit.

Ein wichtiges Datum für den Weltkirchenrat war der Beitritt der russisch-orthodoxen Kirche im Jahr 1961. Durch die Ost-West-Bindung kam dem ÖRK in der Zeit des Kalten Krieges eine international beachtete Vermittlerrolle zu. Auch der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika zog die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Weltkirchenrat.

Zwischen den orthodoxen und den reformatorischen Kirchen kam es in den 1990er-Jahren zu Spannungen: Die Orthodoxen fühlten sich mit dem damaligen Mehrheitswahlssystem bei vielen Entscheidungen benachteiligt, da mehrheitlich protestantische Kirchen vertreten waren. Seit 2006 herrscht das Konsenssystem, das diesen Streitpunkt ausgeräumt hat.

(Infos: <http://www.oikoumene.org> bzw. www.oekumene.at)

Internetseite zu Altorientalen und Orthodoxen geht online

Akademie der Diözese Rottenburg will mit "www.ostkirchen.info" auch Aufbau einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit unterstützen Das zweite Ziel des Internetportals sind Informationen über die oft schwierige politische Situation in den Heimatländern,

Stuttgart, 27.12.2017 (KAP/KNA) Eine Internetseite zur Situation orthodoxer und altorientalischer Christen in ihren Heimatländern und in der Bundesrepublik Deutschland geht am Neujahrstag online. Das von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart getragene Projekt ist in dieser Art deutschlandweit einmalig.

Die Website "www.ostkirchen.info" hat zwei Stoßrichtungen: Zum einen geht es um die Vernetzung der fast zwei Millionen in Deutschland lebenden Christen, die nach Kenntnis der Akademie "meist in kleinen Splittergruppen geografisch weitflächig verteilt" leben. Sie seien

hierzulande meist "gesellschaftlich unsichtbar". Deshalb will die Akademie auch den Aufbau einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Das zweite Ziel des Internetportals sind Informationen über die oft schwierige politische Situation in den Heimatländern, von denen viele als Wiege des Christentums gelten. Die Orthodoxe Bischofskonferenz Deutschland (OBKD) und der Zentralrat Orientalischer Christen (ZOCD) wollen das Vorhaben mit dem Titel "Schatz des Orients" unterstützen.

H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

Ukraine: Kiewer Patriarchat signalisiert Gesprächsbereitschaft

Schreiben des Synods: Wille zur Versöhnung, aber keine Unterstellung unter Moskauer Patriarchat

Kiew, 21.12.2017 (NÖK) Die Ukrainische Orthodoxe Kirche-Kiewer Patriarchat (UOK-KP) ist zu Gesprächen mit der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) bereit. Der Hl. Synod der in der Gesamtorthodoxie nicht anerkannten UOK-KP erklärte sich in einem am 13. Dezember 2017 auf Facebook veröffentlichten Schreiben an die Gemeinden und das ukrainische Volk zur Versöhnung mit der ROK bereit. Ausgelöst wurde die mögliche Annäherung zwischen den beiden

Kirchen von einem Brief des Kiewer Patriarchen Filaret (Denisenko) an die russischen Bischöfe von Mitte November. Die Bischofsversammlung der ROK schuf daraufhin eine Kommission für Verhandlungen mit der UOK-KP.

In dem Schreiben des Hl. Synods der UOK-KP heißt es, dass dieser verpflichtet sei, "bereit zu sein, sich mit den Brüdern und Schwestern im orthodoxen Glauben zu versöhnen, nicht aber mit der Lüge oder dem

Preis des Abrückens von der Wahrheit". Die Wahrheit bestehe darin, dass es ein "ukrainisches Volk und einen ukrainischen Staat als eigenes Volk und unabhängigen Staat gibt", und daher sei eine autokephale ukrainische Kirche gerechtfertigt. Doch sowohl das "Moskauer Patriarchat wie auch der russische Staat wollen damals wie heute das ukrainische Volk nicht als eigenes Volk anerkennen", heißt es in der Mitteilung weiter. Deshalb bemühe sich die ROK noch immer, sich die UOK-KP wieder einzuverleiben. Die UOK-KP strebe aber nach einem "gerechten Frieden", der nicht in einer Unterwerfung unter Moskau gründe, sondern in einer echten Anerkennung der Ukraine und ihrer Rechte -

darunter das Recht auf eine autokephale Lokalkirche - durch Moskau.

Die Bischöfe sind bereit, in diesem Sinn in einen Dialog mit der ROK zu treten. Zu einer Unterstellung der UOK-KP unter die ROK werde es aber nie Verhandlungen geben. Der Zweck des Dialogs sei die Wiederherstellung der Gebets- und eucharistischen Gemeinschaft zwischen den Kirchen, die Anerkennung der ukrainischen Autokephalie sowie die Überwindung der Hindernisse, die das Moskauer Patriarchat heute seinen Geistlichen in der Ukraine bei der Vereinigung mit der UOK-KP in den Weg stelle.

Bulgarien: Digitalisierung der Manuskripte des Klosters Zograph

Einzigkeit des Archivs besteht in der kontinuierlichen Sammlung von Handschriften seit dem 10. Jahrhundert

Sofia, 21.12.2017 (NÖK) Die Universität Sofia und das traditionell von bulgarischen Mönchen bewohnten Kloster Zograph auf dem Athos haben Ende Oktober 2017 eine 10-jährige Kooperationsvereinbarung unterschrieben. Ihr Ziel ist die weitere Entwicklung des Projekts "Digitales Archiv von Zograph". Erste Schritte erfolgten schon 2010, doch damals waren die Mönche wegen vergangener Ereignisse äußerst misstrauisch. Besonders gravierend hatte sich die Entwendung eines der wichtigsten Klostermanuskripte ausgewirkt: Agenten der kommunistischen Geheimdienste hatten 1985 das damals als ältestes bekanntes Geschichtswerk über die Bulgaren betrachtete Werk des Mönches Paisij aus dem 18. Jahrhundert gestohlen. Erst 1997 wurde es dem Kloster zurückgegeben.

Wichtige Handschriften waren dem Kloster jedoch schon in vorigen Jahrhunderten abhandengekommen: Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern kauften sie für wenig Geld, ohne die Mönche über den wahren Wert aufzuklären, oder sie liehen die Dokumente zu Forschungszwecken aus und gaben sie nicht mehr zurück. Deswegen ließen die Mönche anfangs nur einzelne vertrauenswürdige Forscher zu, die 2014 schließlich anhand der digitalisierten Kopien die virtuelle Bibliothek von Zograph ins Leben rufen konnten. In den folgenden Jahren wurden hunderte alte Manuskripte auch von anderen Institutionen hin-

zugefügt, von denen viele der Forschung bis dahin unbekannt waren. Gleichzeitig unternahm das Kloster eine gründliche Reorganisierung und Ausrüstung seines Archivs mit modernsten Mitteln.

Die Einzigartigkeit des Archivs besteht in der kontinuierlichen Sammlung von Handschriften seit dem 10. Jahrhundert. Es enthält aufschlussreiche Dokumente aus der osmanischen Zeit über das Verhältnis zwischen islamischen Herrschern und orthodoxen Klöstern. Neben Kirchenbüchern und Urkunden umfasst es auch Koch- und Heilrezepte bis hin zu japanischen Handschriften. Die populärste Handschrift bleibt das oben erwähnte Geschichtswerk über die Bulgaren aus dem 18. Jahrhundert, das lange Zeit als ältestes Werk dieser Art und als Initialzündung für die nationale Erweckung galt.

Doch Ende November verkündete Prof. Lilia Ilieva von der South-West University "Neofit Rilski" in Blagoevgrad die Entdeckung des Originalmanuskripts einer um 100 Jahre älteren Geschichte Bulgariens, geschrieben vom katholischen Erzbischof Petar Bogdan Bakshev (1601-1674). Zwar gab es Hinweise, dass ein solches Werk existiert, doch bis dato wurde kein Buchexemplar gefunden. Die einzigen Zeugnisse waren fragmentarische Abschriften aus dem Vatikanarchiv.

Laut Ilieva offenbart die Originalhandschrift aus 1667 die Belesenheit und die patriotischen Gefühle seines Autors. Der Franziskaner Bakschev, der in Rom ausgebildet worden war, wandte sich primär an die europäischen Leser, während der Mönch Paisij 100 Jahre später sein

Werk an die einfachen Bulgaren richtete. Das in Modena entdeckte Werk von Petar Bakschev rückt die Verdienste katholischer Geistlicher für die Geschichte Bulgariens mehr ins Bewusstsein der bulgarischen Öffentlichkeit.

"Panorthodoxes Konzil hätte 1968 in Wien stattfinden sollen"

Bartholomaios I. würdigte das doppelte 50-Jahr-Jubiläum der Reise von Papst Paul VI. nach Konstantinopel und der Reise von Patriarch Athenagoras nach Rom 1967 - Wie die katholische und die orthodoxe Kirche durch das Miteinander der beiden großen "Friedensstifter" wieder "Schwesterkirchen" wurden

Wien-Istanbul, 12.12.2017 (POI) Das große Panorthodoxe Konzil hätte 1968 in Wien stattfinden sollen: An diesen Herzenswunsch des unvergessenen Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. (1948 bis 1972) hat sein Nachfolger Bartholomaios I. jetzt erinnert. Bei einem Gottesdienst in Istanbul am 28. November zeichnete der heutige Ökumenische Patriarch aus Anlass des doppelten 50-Jahr-Jubiläums der Reise von Papst Paul VI. nach Konstantinopel und der Reise von Patriarch Athenagoras nach Rom die wichtigsten Etappen der Annäherung zwischen der "Kirche des Westens" und der "Kirche des Ostens" nach. Paul VI. und Athenagoras I. bezeichnete Bartholomaios I. in diesem Zusammenhang als "Friedensstifter" und "Versöhner".

Der Ökumenische Patriarch unterstrich, wieviel den letzten 50 Jahren mit ihren wechselseitigen Begegnungen, der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, dem neuen Klima der Brüderlichkeit "und vor allem dem theologischen Dialog, der trotz Schwierigkeiten vorangeht", zu verdanken sei. Auf dem Weg des Miteinanders seien die Protagonisten der Kirchen heute nicht mehr allein - wie es noch Paul VI. und Athenagoras I. waren -, vielmehr würden sie "von allen autokephalen orthodoxen Kirchen und von der römisch-katholischen Kirche insgesamt" begleitet. Vor 50 Jahren seien Ost und West trotz der positiven Impulse im katholischen und orthodoxen Bereich (Zweites Vatikanisches Konzil bzw. Panorthodoxe Rhodos-Konferenzen) noch "voneinander entfernt, getrennt, misstrauisch, von einem Jahrtausend der wechselseitigen Beschuldigungen des Unglaubens, des Mangels an Liebe und unterschiedlicher politischer Situationen geprägt" gewesen.

Und doch habe der Heilige Geist seine Kirche nicht im Stich gelassen und so sei der "Same des Dialogs" nach einem langen Winter damals vor 50 Jahren in einem neuen Frühling langsam aufgeblüht, betonte der Ökumenische Patriarch. Er nannte u.a. den späteren Papst Johannes XXIII., der in seiner Zeit als Apostolischer Delegat am Bosphorus offiziell und inkognito den damaligen Ökumenischen Patriarchen Basilios III. aufsuchte, der ihm seinen Wunsch mitteilte, mit dem Papst zusammenzutreffen und mit ihm über die Kircheneinheit zu sprechen. Dann habe Paul VI. am Ende der zweiten Session des Zweiten Vatikanischen Konzils im Dezember 1963 seine Pilgerfahrt ins Heilige Land angekündigt: "Patriarch Athenagoras reagierte sehr positiv, bezeichnete die Ankündigung als von Gott inspiriert und äußerte den Wunsch, dass bei dieser Pilgerfahrt alle Kirchenoberhäupter des Ostens und des Westens in der Heiligen Stadt Jerusalem zusammentreffen sollten, um gemeinsam um die völlige Wiederherstellung der christlichen Einheit zu beten". Das sei damals ein "unvorstellbarer Vorschlag" gewesen. Aber die beiden "großen Väter im Glauben", Paul VI. und Athenagoras I., hätten sich nicht beirren lassen, in Jerusalem habe das "Wunder" stattgefunden, dass die beiden einander umarmt hätten, "wie zwei Brüder, die einander nach langer Trennung wiederfinden".

Zuvor habe Athenagoras I. die Oberhäupter der anderen orthodoxen Kirchen konsultiert, die nur mit Mühe zugestimmt hätten, erinnerte Bartholomaios I. Nur der Patriarch von Antiochien habe enthusiastisch reagiert, die Kirche von Griechenland sei negativ eingestellt gewesen, der Patriarch von Moskau habe die Initiative positiv aufgenommen, sie aber als Ak-

tion des Ökumenischen Patriarchen ohne Verpflichtung für die anderen orthodoxen Kirchen betrachtet, der Patriarch von Jerusalem habe darauf verwiesen, dass das orthodoxe Kirchenrecht kein gemeinsames Gebet zulasse. Auch Paul VI. habe die Konzilsväter überrascht, aber mit wenigen Ausnahmen seien sie begeistert gewesen. Die größte Überraschung sei die Überwindung des rigiden römischen Protokolls gewesen, demzufolge der Papst gegenüber jedem Gesprächspartner höher zu placieren war. Aber die Begegnung zwischen Papst und Patriarch in der Apostolischen Delegation in Jerusalem sei auf Augenhöhe erfolgt.

Durch einen Irrtum wurde das private Gespräch zwischen Papst und Patriarch aufgezeichnet. Darin werde deutlich, so Bartholomaios I., dass sich bei den beiden "Vätern im Glauben" etwas geändert hatte. Der Papst sprach davon, dass es nicht um Vorrang, um Prestige, um Vorteile gehe - und der Patriarch habe geantwortet, dass dies ein großer Moment sei und dass man zusammenbleiben und miteinander weitergehen werde. Am Schluss ihrer Begegnungen in Jerusalem hätten Papst und Patriarch dann gemeinsam gebetet und gesegnet und einander an den Händen gehalten. Das Schlusskommunique von Jerusalem stehe am Beginn neuer Entwicklungen im Verhältnis von Katholiken und Orthodoxen. So sei es möglich geworden, dass am 7. Dezember 1965 die Bannflüche von 1054 gleichzeitig in Konstantinopel und in Rom (zum Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils) aus dem Gedächtnis der Kirche gestrichen werden konnten.

Patriarch Athenagoras habe damals gleich nach Rom reisen wollen, legte Bartholomaios I. dar. Aber das sei im Hinblick auf die Position des Ökumenischen Patriarchen in der Orthodoxie, die sich von der des Papstes im Katholizismus unterscheide, nicht möglich gewesen. So kündigte Athenagoras am 3. Juli 1967 zunächst eine Pilgerreise zu den anderen orthodoxen Kirchen, aber auch zum Sitz des Weltkirchenrats an. Wenige Tage später, am 15. Juli 1967 teilte Paul VI. mit, dass er als Pilger in die Türkei reisen werde. Dass Paul VI. als ersten den Ökumenischen Patriarchen besuchte, habe jenen, die eine "Aufgabe" der Orthodoxie gegenüber dem Papsttum sehen wollten, deutlich gemacht, "dass sich die Zeiten wirklich geändert hatten".

In seiner jetzigen Predigt verwies Bartholomaios I. auch auf zwei besondere Aspekte des Türkei-Besuchs von Paul VI. am 25./26. Juli: Vor seiner Pilgerfahrt an den Bosphorus veranlasste der Papst die Rückgabe der bei der Seeschlacht von Lepanto erbeuteten osmanischen Kriegsflagge an die Türkei. Und beim Besuch in der Hagia Sophia setzte der Papst eine historische Geste, die alle, die ihn begleiteten, verblüffte und erleichen ließ: Er stellte die Frage, wo sich der Altar befunden habe und ersuchte den begleitenden türkischen Minister um die Erlaubnis, an dieser Stelle im Gebet niederzuknien zu dürfen.

Eindrucksvoll schilderte der Ökumenische Patriarch auch den Besuch des Papstes im Phanar. Nach neun Jahrhunderten sei der Name des römischen Papstes wieder im Gebet von Konstantinopel genannt und von der Menge der Gläubigen mit dem zeremoniellen Ruf "Axios" (würdig) quittiert worden. Wörtlich stellte Bartholomaios I. in diesem Zusammenhang fest: "Es war tatsächlich der Beginn eines neuen Weges, das Morgenrot eines neuen Tages, der langsam - im Zeitplan Gottes - wächst und mit Geduld, Klugheit, Ruhe für die ganze Christenheit, für die ganze Menschheit Frucht bringt - ohne die Früchte ernten zu wollen, bevor sie reif sind". Damals sei die Freundschaft, die erneuerte Brüderlichkeit, der Dialog der Wahrheit geboren worden. Patriarch und Papst hätten im Phanar das Ziel der eucharistischen Gemeinschaft benannt.

Bartholomaios I. zitierte den Patriarchen: "Wir streben nach der Einheit, der vollen Gemeinschaft der Liebe und des Glaubens, der Konzelebration des gemeinsamen Kelches Christi" und erinnerte an die Antwort des Papstes: "Diese Sehnsucht inspiriert uns, alles in unserer Macht stehende zu tun, um den Tag herbeizuführen, an dem die volle Gemeinschaft zwischen der Kirche des Westens und der Kirche des Ostens wiederhergestellt wird".

Ein ökumenischer "Sprung nach vorn"

Paul VI. habe - im Breve "Anno ineunte" an den Ökumenischen Patriarchen - davon geschrieben, dass es nach einer langen Periode der Trennung und des wechselseitigen Unverständnisses möglich geworden sei, einander als "Schwesterkirchen" wiederzuentdecken und dass zwischen den Kirchen die - "wenngleich noch nicht vollkommene" - Gemeinschaft schon existiert.

Dieses Dokument sei ein "Sprung nach vorn" im ökumenischen Dialog gewesen, unterstrich jetzt Bartholomaios I. So bleibe als eines der wichtigsten Ergebnisse der Begegnung von Paul VI. und Athenagoras I. im Phanar die Anerkennung der "Communio"-Ekklesiologie und ihrer fundamentalen Begriffe - eucharistische Gemeinschaft und Schwesterkirche. Der altkirchliche Sprachgebrauch sei wiedergekehrt: Schon Johannes XXIII. habe sich als Bischof von Rom bezeichnet wie heute wieder Papst Franziskus, Paul VI. als "Patriarch des Westens".

Was Patriarch Athenagoras damals mit einem Zitat des Heiligen Ignatius von Antiochien zum Ausdruck gebracht habe - "der Bischof von Rom, der Erste an Ehre unter uns, der Vorsitzende in der Liebe" - werde jetzt im Rahmen des offiziellen theologischen Dialogs zwischen katholischer und orthodoxer Kirche studiert, wenngleich es schwierig sei. Auch Papst Paul und Patriarch Athenagoras seien sich bewusst gewesen, dass die Einheit "auf dem Felsen der geoffenbarten Wahrheit" beruhen muss, "kein Sentimentalismus, sondern eine solide und maßvolle theologische Basis".

Nach seiner Rückkehr nach Rom habe Paul VI. betont, dass es ihm darum gegangen sei, dem Osten zu versichern, wie sehr der Glaube der Konzilien, die "in jener gesegneten Gegend" im ersten Jahrtausend abgehalten wurden und auch von der lateinischen Kirche als ökumenisch (allgemeingültig) betrachtet werden, nach wie vor der Glaube der Katholiken ist. Dies sei eine weite und solide Basis für die Wiederherstellung der christlichen Gemeinschaft.

Eine wichtige Konsequenz der Pilgerfahrt von Papst Paul VI. an den Bosphorus sei es dann gewesen, dass Patriarch Athenagoras am 26./27. Oktober 1967 Rom besuchen konnte. Von den anderen orthodoxen Kirchen habe es keine nennenswerte Opposition gegeben, "auch nicht aus Athen oder Moskau". Die von Athenagoras angestrebte Reise nach Moskau war nicht möglich, weil die mit dem 50-Jahr-Jubiläum der Oktoberrevolution beschäftigten Sowjetbehörden sie verhinderten. So trat Patriarch Athenagoras eine 35-tägige Reise an, die ihn zunächst zu den orthodoxen Patriarchaten von Belgrad, Bukarest und Sofia führte, dann auch zur Anglikanischen Gemeinschaft und schließlich zum Sitz des Weltkirchenrats in Genf. Von dort ging es weiter nach Rom, wo gerade die

erste Vollversammlung der neugeschaffenen römischen Bischofssynode stattfand.

Bartholomaios I. erinnerte daran, dass sich der Patriarch gewünscht hätte, auf seiner Rom-Reise von den Oberhäuptern aller autokephalen orthodoxen Kirchen begleitet zu werden, "aber die Zeit war noch nicht reif". Die Rom-Visite des Patriarchen sei im Zeichen der neuen Haltung zwischen den beiden Kirchen gestanden - mit der Sehnsucht nach der gemeinsamen Feier der Eucharistie und der Rolle der "Schwesterkirchen".

Im Rückblick auf die Ereignisse vor 50 Jahren könne man sagen, dass nach dem anfänglichen Enthusiasmus auf beiden Seiten eine Periode der Abklärung eingetreten sei, um die ersten Erfahrungen zu verinnerlichen und sich der neuen Wirklichkeit ohne Sprünge zu nähern, unterstrich der Ökumenische Patriarch. Die 4. Panorthodoxe Konferenz in Chambesy 1968 habe dann den Willen bestätigt, mit der systematischen Vorbereitung des theologischen Dialogs mit der römisch-katholischen Kirche fortzufahren und so sei es dann endlich 1980 zur Aufnahme dieses Dialogs gekommen, der bis heute andauere. Ebenso selbstverständlich seien heute die wechselseitigen Besuche aus Rom und Konstantinopel bei den Patronatsfesten der jeweils anderen Kirche.

Während seines bisherigen patriarchalen Dienstes sei er schon viele Male in der Ewigen Stadt gewesen, sagte Bartholomaios I. abschließend, die herzliche Freundschaft mit Papst Franziskus spiegle die aufrichtige Liebe zwischen Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras. Sicher sei noch nicht alles überwunden, es bleibe ein Aufstieg auf einen steilen Berg wie ihn auch die beiden "Friedensstifter" von 1967 unternommen hätten, aber es sei eine "Einbahnstraße", ein Richtungswechsel sei nicht möglich.

Brückenschlag mit Bologna

Am 29. November empfing Patriarch Bartholomaios I. im Phanar eine Delegation aus Bologna mit Erzbischof Matteo Zuppi an der Spitze und führte weiter, was er am Vortag zum Ausdruck gebracht hatte. Bartholomaios I. war Mitte September in Bologna zu Gast gewesen, im Gespräch mit Erzbischof Zuppi dankte der Patriarch noch einmal für die herzliche Zuwendung des Klerus, der Behörden "und des ganzen Volkes Gottes" in der Hauptstadt der Emilia-Romagna. Die damals unter Beweis gestellte

Gastfreundschaft habe gezeigt, wie wichtig diese Begegnungen zwischen den Kirchen sind, "um einander kennen zu lernen, Positionen zu vergleichen und gemeinsam zu beten". Gastfreundschaft in diesem Sinn sei nicht ein Akt der Höflichkeit, sondern vielmehr Ausdruck "authentischer christlicher Liebe", wie sie vor 50 Jahren Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras bezeugt hätten. Der Zähigkeit und spirituellen Kraft dieser beiden "Herolde des Glaubens" sei es zu verdanken, dass Orthodoxe und Katholiken heute gemeinsam "Zeugen des Evangeliums" sein können.

In herzlichen Worten dankte der Ökumenische Patriarch dem Erzbischof von Bologna für das kostbare Gastgeschenk, das Zuppi nach Konstantinopel mitgebracht hatte: Eine Reliquie vom Haupt der Heiligen Anna, der Mutter der Jungfrau Maria. Erzbischof Zuppi hat diese Reliquie aus dem in Bologna verehrten Haupt der Heiligen Anna abtrennen lassen. Das Haupt der Heiligen Anna hatte sich ursprünglich in Konstantinopel befunden, beim 4. Kreuzzug war es - wie viele andere Reliquien - nach Britannien verschleppt worden. Als Dank für die diplomatische Vermittlungstätigkeit eines Erzbischofs von Bologna kam es am Ende des Hundertjährigen Krieges (1337-1453) in die Hauptstadt der Emilia-Romagna. Patriarch Bartholomaios I. kündigte an, dass die kostbare Reliquie auf den Berg Athos gebracht werden wird. Der Patriarch verwies darauf, dass auf dem Athos nur zwei Frauen - Maria und Anna - verehrt werden. Wörtlich sagte Bartholomaios I.: "Diese wunderbare Geschenk wird die Freude der Mönche sein, die nicht aufhören werden, für die Erzdiözese Bologna, ihren Erzbischof und das gläubige Volk zu beten".

Bei der Übergabe der Reliquie im Phanar - die in Anwesenheit aller zwölf Mitglieder des Heiligen Synods des Ökumenischen Patriarchats

erfolgte - war auch der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch, anwesend, der die Bedeutung des "Ökumenismus der Heiligen" und die Notwendigkeit der ökumenischen Kontakte auf "lokaler, regionaler und universaler Ebene" betonte. Erzbischof Zuppi unterstrich seinerseits, dass der Besuch in Konstantinopel im Zeichen von Gemeinschaft und Brüderlichkeit erfolge. Die Freundschaft müsse wachsen; sie soll auch durch Partnerschaften zwischen der Theologischen Fakultät der Emilia-Romagna und der (offiziell geschlossenen) Theologischen Fakultät des Patriarchats auf Chalki, zwischen dem Gymnasium "Malpighi" in Bologna und dem Patriarchats-Gymnasium in Konstantinopel, aber auch durch die Zusammenarbeit im Bereich der Solidarität mit Flüchtlingen aus dem Nahen Osten gestärkt werden. Auch der Erzbischof von Bologna nahm auf das 50-Jahr-Gedenken der Aufsehen erregenden Besuche von Papst Paul VI. in Konstantinopel und Patriarch Athenagoras in Rom Bezug.

Zuppi zelebrierte am 30. Jänner in der katholischen Kathedrale Santo Spirito in Konstantinopel eine Festmesse und war dann bei der Göttlichen Liturgie des Patriarchen zum Andreas-Fest in der Georgskathedrale anwesend.

Teilnahme an "Centesimus Annus"-Tagung

Bartholomaios I. wird im Mai wieder den Vatikan besuchen. Er hat eine Einladung der Stiftung "Centesimus Annus -Pro Pontifice" angenommen, an einer internationalen Tagung zum Thema "Neue Politik und neue Lebensstile im digitalen Zeitalter" teilzunehmen, die von 24. bis 26. Mai 2018 in der Vatikanstadt stattfinden wird. Wie die Stiftung mitteilte, wird der Ökumenische Patriarch am 26. Mai zum Thema "Eine gemeinsame christliche Agenda für das Gemeinwohl" sprechen.

Russland: Die Orthodoxie und die Aufarbeitung der Geschichte

Vor 100 Jahren kam es nicht nur zur Oktoberrevolution sondern auch zur Wiedererrichtung des Patriarchats - Hintergrundbericht von Johannes Oeldemann (KNA)

Bonn, 07.12.2017 (KAP/KNA) Dass die Aufarbeitung der Geschichte aus Anlass von Jubiläen schwierig sein kann, zeigt ein Blick auf die gesellschaftspolitische Debatte in Russland im Blick auf den 100. Jahrestag der Oktoberrevolu-

tion: Für viele Russen ist die Oktoberrevolution des Jahres 1917 bis heute so etwas wie der Gründungsmythos des großen und mächtigen Sowjetreiches, das am Ende des 20. Jahrhunderts - aus ihrer Sicht vor allem aufgrund von Intrigen

alter Parteikader und neuer Oligarchen - zerfallen ist. Andere dagegen, vor allem die russischen Intellektuellen, erinnern an die grausamen Folgen der Oktoberrevolution: den Bürgerkrieg, den "Holodomor" in der Ukraine, die sowjetischen GULAGs, das mit dem KGB und seinen Vorläufer- und Nachfolgeinstitutionen verbundene staatliche Spitzelsystem.

Wie zwiespältig die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert heute wahrgenommen wird, zeigt sich daran, wie die Erinnerungskultur in der Russischen Föderation bislang zwischen diesen beiden Polen laviert.

Auch für die Orthodoxe Kirche in Russland ist das Jahr 2017 ein Jubiläumsjahr, denn im Revolutionsjahr 1917 ging zwar das alte russische Zarenreich unter, aber eine altehrwürdige kirchliche Institution entstand zur selben Zeit von neuem: das Patriarchat. Das 100-jährige Jubiläum der Wiedererrichtung des Patriarchats beging die Russische Orthodoxe Kirche in diesen Tagen mit einer Bischofssynode und einer Feier, zu der auch die Patriarchen und Ersthierarchen der übrigen autokephalen orthodoxen Kirchen eingeladen waren. Diese Gedenkfeiern sind der Anlass für den folgenden Beitrag, der in groben Zügen die wechselvolle Geschichte der Kirche in Russland im 20. Jahrhundert nachzeichnet.

Orthodoxe Kirche in Russland

Das heutige Bild der Orthodoxen Kirche in Russland ist bei vielen Menschen in Deutschland von Medienberichten geprägt, in denen vor allem die glanzvollen Seiten der Orthodoxie gezeigt werden: die goldenen Kuppeln ihrer Kirchen und Kathedralen, die reich verzierten Ikonostasen in den Kirchen, die prunkvollen Gewänder der Geistlichen. Da die moderne Medienlandschaft auf einzelne Persönlichkeiten fixiert ist, erscheinen Patriarch Kyrill und Präsident Putin oft gemeinsam auf dem Bildschirm. Dies erweckt den Eindruck einer großen Nähe von Staat und Kirche in Russland - ein Eindruck, der jedoch trügt, sobald man ein wenig näher hinter die Kulissen schaut.

Ein Medienereignis war auch die Begegnung von Patriarch Kyrill und Papst Franziskus im Februar letzten Jahres in Havanna. Eifrige Journalisten versuchten die Bedeutung des Treffens hervorzuheben, indem sie vom ersten Treffen des Papstes mit einem russischen Patriarchen "seit tausend Jahren" sprachen -

eine Bemerkung, die wenig über die Bedeutung dieses Treffens, aber viel über die Unwissenheit der Journalisten aussagt. Denn es war zwar in der Tat das erste Treffen eines römischen Papstes mit einem Patriarchen von Moskau - aber einen Patriarchen gibt es in Moskau gerade mal seit gut 400 Jahren. Zuvor war die russische Kirche eine Metropole im Rahmen des Patriarchats von Konstantinopel. Diese Feststellung führt mich dazu, ganz kurz an die historischen Ursprünge der Orthodoxen Kirche in Russland zu erinnern.

Wer sich noch an die 1980er-Jahre erinnern kann, der wird sich vielleicht auch daran erinnern, dass die russische Kirche im Jahr 1988 die Christianisierung Russlands vor 1.000 Jahren gefeiert hat. Der Legende nach ließ der Kiewer Großfürst Wladimir im Jahr 988 sich und sein Volk in Kiew taufen. Dieses Datum gilt als Beginn der christlichen Epoche der russischen Geschichte. Russland übernahm den christlichen Glauben aus Byzanz, und die Liturgie der Orthodoxen Kirche in Russland folgt bis heute dem byzantinischen Ritus.

Dieser Ritus verbindet die Russen mit Griechen, Serben, Bulgaren, Rumänen und den anderen orthodoxen Völkern Ost- und Südosteuropas. Zusammen mit ihnen bilden sie die eine Orthodoxe Kirche, wenn auch in unterschiedlicher nationaler Ausprägung. Es ist irreführend, im Deutschen von der russisch-orthodoxen oder der griechisch-orthodoxen Kirche zu sprechen, weil dadurch leicht der Eindruck entstehen könnte, es handle sich hierbei um zwei verschiedene Kirchen. In Wahrheit verstehen sie sich als eine Kirche und deshalb ist in der Überschrift auch von der Orthodoxen Kirche in Russland die Rede.

An der Spitze dieser Kirche standen bis ins 15. Jahrhundert größtenteils griechische Bischöfe, weil die russische Kirche - wie erwähnt - eine Metropole innerhalb des Patriarchats von Konstantinopel war. Erst im Jahr 1448, als der griechische Metropolit Isidor vom Unionskonzil in Ferrara-Florenz zurückkam und in Russland die Union mit Rom einführen wollte, erklärte sich die russische Kirche für unabhängig von Konstantinopel und wählte ihr Oberhaupt selbst. Es dauerte noch einmal rund 150 Jahre, bis dem obersten Bischof der russischen Kirche das Recht zuerkannt wurde, den Titel "Patriarch" zu tragen. Dies geschah im Jahr 1589 - in einer Zeit, als die Patriarchen von Konstantinopel, Alexan-

drien und Antiochien mehr als 100 Jahre nach der Eroberung der östlichen Reichshauptstadt durch die Osmanen zunehmend in finanzielle Abhängigkeit von Russland gerieten. Diese Tatsache hat sicher das ihre dazu beigetragen, dass der Metropolit von Moskau seit Ende des 16. Jahrhunderts den Patriarchentitel führen darf.

Aber wieso dann "Wiederherstellung" des Patriarchats im Jahr 1917? In der Tat hatte das Patriarchat in Russland nicht lange Bestand. Bereits 1721 wurde es, nur 132 Jahre nach seiner Errichtung, wieder abgeschafft - von Zar Peter dem Großen, der sein Land in vielerlei Hinsicht in Richtung Westen öffnen wollte und in diesem Zusammenhang auch eine Kirchenreform nach protestantischem Vorbild initiierte. Eine synodale Form der Kirchenverfassung ersetzte die patriarchale Struktur. Die Kirchenleitung wurde dem "Heiligsten Dirigierenden Synod" übertragen, einem Kollegium von Bischöfen, dem ein staatlicher Beamter, der sogenannte "Oberprokurator", zur Seite gestellt wurde. Das Patriarchat wurde abgeschafft, und an Stelle des Patriarchen wurde fortan der Synod in der Liturgie kommemoriert. Die folgenden 200 Jahre der russischen Kirchengeschichte bezeichnet man daher als die "synodale Epoche", in der die Orthodoxe Kirche immer stärker in staatliche Strukturen eingebunden wurde. Welche Folgen das hatte, zeigte sich spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Kirche am Vorabend der Oktoberrevolution

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellt sich die Situation der Orthodoxen Kirche in Russland sehr ambivalent dar: Rein äußerlich betrachtet genießt sie alle Privilegien einer Staatskirche, verfügt über ein solides Ausbildungssystem mit zahlreichen theologischen Lehranstalten und über etablierte kirchliche Strukturen in allen Regionen des riesigen Russischen Reiches. Innerlich jedoch ist die Kirche ausgehöhlt: Sie hat den Kontakt zur russischen Intelligenz verloren, die sich im Gefolge der Aufklärung mehr der Religionsphilosophie als der Theologie zugewandt hat, ihre Bischöfe stehen als staatshörige Hierarchen in Verruf, und auch das Ansehen der Priester im Volk ist gesunken, weil das Pfarramt sich zu einem quasi erblichen Amt entwickelt hat, das oft vom Vater auf den Sohn übergeben wurde.

Die Anbindung der Kirche an den Staat erreichte unter Konstantin Petrowitsch Pobedonoszew (1827-1907), der von 1880 bis 1905 "Oberprokurator" des Hl. Synods und zugleich Minister für Religionsfragen war, ihren Höhepunkt. Pobedonoszew betrachtete die Bischöfe als Staatsbeamte und war in seiner Doppelfunktion das De-facto-Oberhaupt der Orthodoxen Kirche in Russland. Zu ihr zählten alle orthodoxen Bewohner des russischen Reiches, von denen aber weniger als die Hälfte ethnische Russen waren. Der im 19. Jahrhundert aufkommende Nationalismus machte die in St. Petersburg residierende Kirchenleitung bei orthodoxen Ukrainern und Georgiern eher zu einem Feindbild als zu einem Identifikationspunkt. Die Orthodoxe Kirche galt als Teil des Systems, und das nicht zu Unrecht.

Im Rückblick hat man die Situation der russischen Orthodoxie am Vorabend des Revolutionsjahres 1917 als "goldenen Käfig" charakterisiert - nach außen prächtig, nach innen jedoch gefangen in den Problemen, die im Februar und im Oktober 1917 zu den bekannten Revolutionen gegen den Zaren führten. Die Abdankung von Zar Nikolaj II. und die Einsetzung einer "Provisorischen Regierung" im Frühjahr 1917 führten bereits zu grundlegenden Änderungen im Verhältnis von Staat und Kirche: Das Amt des Oberprokurors wurde abgeschafft, die Kirche erhielt die Möglichkeit, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu regeln, und die Freiheit des Glaubensbekenntnisses wurde gesetzlich festgeschrieben. In dieser Situation erhielten innerkirchliche Reformbestrebungen einen enormen Aufschwung. Die Unzufriedenheit, die unter der Oberfläche schon lange geschmort hatte, brach sich Bahn und führte zu Reformforderungen nicht nur in Klerus und Gemeinden, sondern auch im Episkopat. Die Kirchenführung beschloss, ein Landeskonzil einzuberufen, um über notwendige Reformen zu beraten. Damit nähern wir uns den Ereignissen, deren 100. Jahrestag Anlass für diesen Beitrag ist.

Die Wiederherstellung des Patriarchats

Am 15. August 1917, dem Hochfest der Entschlafung Mariens, wie das Fest "Mariä Himmelfahrt" in der Orthodoxen Kirche genannt wird, wurde das Konzil im Moskauer Kreml eröffnet. Es war eine in der russischen Kirchengeschichte bis dahin einmalige Kirchenversammlung, denn

dem Konzil gehörten nicht nur alle orthodoxen Bischöfe des Russischen Reiches an, sondern auch gewählte Vertreter aller Diözesen. Auf Eparchialversammlungen waren im Laufe des Frühjahrs in allen Eparchien/Diözesen jeweils zwei Priester und drei Laien gewählt worden, um die Interessen von Klerus und Volk auf dem Konzil zu vertreten. Im Hintergrund dieser breiten Beteiligung des Kirchenvolkes stand die Idee der "Sobornost", eines theologischen Konzepts, das in der russischen Theologie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt worden war und die Einbeziehung aller Schichten der Kirche als Ausdruck der Katholizität und Konziliarität der Kirche verstand. Unter den 564 Mitgliedern des Landeskonzils stellten daher die Laien die Mehrheit. Die Bischöfe hatten zwar ein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Konzils, jedoch konnten sie keine Beschlüsse gegen den Willen der Konzilsmehrheit durchsetzen.

Wenn man die Akten des Landeskonzils 1917/18 studiert, ist man überrascht, wie "modern" die Orthodoxe Kirche in Russland zum damaligen Zeitpunkt gedacht hat: Es wurde über Ökumene und gottesdienstliche Reformen, über die Beteiligung von Laien an der Kirchenleitung und die Einführung einer Art "Verwaltungsgerichtsbarkeit" in der Kirche, ja sogar über die Ermöglichung der Laienpredigt und die Rolle der Frauen in der Kirche diskutiert. Man geht sicher nicht fehl, wenn man das Landeskonzil 1917/18 und seine Bedeutung für die russische Kirche mit der Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils für die katholische Kirche vergleicht - nur dass die russische Kirche sich schon 45 Jahre früher mit den Herausforderungen der Moderne für die Kirche befasst hat. Allerdings, und das ist der große Unterschied zum Zweiten Vatikanum, konnten die vom Landeskonzil 1917/18 angestoßenen Reformen aufgrund der Oktoberrevolution, zumindest in Russland selbst, nie umgesetzt werden. Darin liegt die Tragik des Konzils und der nachfolgenden Entwicklung der Orthodoxen Kirche in Russland.

Einen entscheidenden Beschluss fasste das Konzil aber noch praktisch zeitgleich mit der Oktoberrevolution: Am 4. November 1917 beschloss es, das Patriarchat in Russland wiederherzustellen. Das Konzil erstellte eine Dreierliste mit Kandidaten für das Patriarchenamt, aus der dann ausgelost wurde. Das Los fiel auf den

Metropolitanen von Moskau, Tichon (Belavin), der am 21. November 1917 feierlich inthronisiert wurde. Damit endete die mehr als 200-jährige synodale Epoche der russischen Kirchengeschichte, die von vielen Historikern als eine Art "babylonische Gefangenschaft" der Kirche betrachtet wird. Dieser babylonischen Gefangenschaft folgte jedoch eine weitere, weit schlimmere Gefangenschaft - in den Fängen des jungen Sowjetstaates.

Das Ringen mit dem jungen Sowjetstaat

Die neue sowjetische Regierung verfolgte von Beginn an eine extrem kirchenfeindliche Politik. Das ist insofern verständlich, als die Kirche - wie schon dargelegt - als "Teil des alten Systems" und Hort des Monarchismus galt. Zu den ersten Dekreten der neuen Regierung gehört das Dekret über die Trennung von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule. Der gesamte Kirchenbesitz wurde verstaatlicht und die rund 37.000 kirchlichen Schulen, die es vor der Oktoberrevolution in Russland gab, wurden dem "Volkskommissar" für Bildung unterstellt. Religionsunterricht wurde verboten, und die bislang von der Kirche geführten Geburts- und Eheschließungsregister wurden vom Staat übernommen. Alle kirchlichen Gebäude gingen in staatlichen Besitz über, der sie der Kirche "bei Bedarf" zur Verfügung stellte, wobei der Bedarf vom Staat bestimmt wurde.

Nach dem bewährten Motto "divide et impera" (teile und herrsche) unterstützten die Bolschewiken die unkanonische "Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche" und innerhalb Russlands die sogenannten "Erneuerer", eine Reformgruppe, die noch weitgehendere Reformen als die vom Landeskonzil 1917/18 beschlossenen forderte (beispielsweise die Verwendung des modernen Russisch als Liturgiesprache oder die Zulassung verheirateter Bischöfe). Im Gegensatz zur offiziellen Kirche wurden die "Erneuerer", die sich den Namen "Lebendige Kirche" gaben, von der Regierung in den 1920er-Jahren massiv unterstützt und traten in Prozessen gegen Priester, die dem Patriarchen die Treue hielten, als Belastungszeugen auf. Man muss diese Seite der russischen Kirchengeschichte kennen, um zu verstehen, warum bis heute alle Bestrebungen, die mit dem Begriff "Erneuerung" verbunden sind, in der russischen Orthodoxie rasch in Verruf geraten.

Patriarch Tichon versuchte in dieser Zeit, zumindest das gottesdienstliche Leben der Orthodoxen Kirche aufrecht zu erhalten. Zu einem massiven Konflikt kam es, als die Sowjets angesichts der großen Hungersnot im Winter 1921/22 verlangten, auch die kostbaren liturgischen Geräte zu verkaufen, um mit dem Erlös Lebensmittel zu beschaffen und die Hungersnot zu lindern. Im Mai 1922 wurde Patriarch Tichon verhaftet und für mehr als ein Jahr inhaftiert. Bereits in den ersten fünf Jahren der Sowjetherrschaft wurden mehr als 20.000 Priester, Mönche und Nonnen, darunter auch einige Dutzend Bischöfe, verhaftet, größtenteils zu langjähriger Lagerhaft verurteilt, teilweise aber auch unmittelbar hingerichtet. Die Solowki-Inseln im Weißen Meer erlangten in dieser Zeit traurige Berühmtheit als das größte Priester-Lager des jungen Sowjetstaates.

Patriarch Tichon wurde von den Sowjets Ende Juni 1923 zwar freigelassen, aber bei seinen Gläubigen diskreditiert, indem man in den Zeitungen eine "Reue-Erklärung" des Patriarchen veröffentlichte, in der erklärt wurde, dass er kein "Feind der Sowjetmacht" mehr sei. Heute weiß man, dass diese Erklärung eine Fälschung der Sowjets war, ebenso wie das "Testament" Patriarch Tichons, das nach seinem Tod im April 1925 veröffentlicht wurde und in dem er - angeblich - die orthodoxen Gläubigen zur Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat aufrief. Insgesamt waren die 1920er-Jahre geprägt von einem Ringen der neuen Machthaber mit der etablierten Kirche, der sie massiven Schaden zufügten, die sie aber nicht zu zerstören vermochten.

Die 1930er-Jahre: Zeit der Glaubensmartyrer

Noch schlimmer als die 1920er-Jahre wurden für die Orthodoxe Kirche in Russland aber die 1930er-Jahre. Daran vermochte auch eine vom "Patriarchatsverweser", Metropolit Sergij (Stragorodskij), der die Kirche nach dem Tod Patriarch Tichons als "locum tenens" leitete, im Jahr 1927 veröffentlichte Loyalitätserklärung gegenüber dem Sowjetstaat nichts zu ändern. Sie führte zu keinerlei Verbesserung der Situation der Kirche im jungen Sowjetstaat, sondern nur zur Abspaltung der "Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland", in der sich russische Emigranten außerhalb der Sowjetunion sammelten und die sich von der Patriarchatskirche in der Heimat lossagte.

Als die Sowjets merkten, dass die Religion weder von selbst aus den Köpfen und Herzen der Menschen verschwand noch durch die bisherigen Maßnahmen "ausgerottet" werden konnte, verstärkten sie ihre antireligiöse Propaganda. Der "wissenschaftliche Atheismus" wurde in den Fächerkanon des sowjetischen Bildungssystems eingeführt und Lehrstühle errichtet, die mit empirischen Methoden belegen sollten, "dass es Gott nicht gebe und dass Religion allein der Fantasie von Menschen entspringe". Die Bewegung der "Gottlosen" wurde gegründet, und zahlreiche Publikationen dienten der Verbreitung atheistischer Ansichten. Mehr noch als diese publizistischen und pseudo-wissenschaftlichen Kampagnen fügte die Kollektivierung der Landwirtschaft der Kirche Schaden zu, weil auf diese Weise das religiöse Leben auf dem Land beinahe zum Erliegen kam.

Mit der Machtübernahme durch Josef Wissarionowitsch Stalin (1878-1953) setzte 1929 eine neue, massive Verfolgungswelle ein, bei der bis 1933 rund 40.000 Bischöfe, Priester, Diakone, Mönche und Nonnen verhaftet wurden. Sie wurden entweder gleich erschossen oder in den berüchtigten "GULAGs" inhaftiert, die über das ganze Land verteilt waren und in denen die Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen Fronarbeit leisten mussten. Mitte der 1930er-Jahre ebte die Verfolgungswelle noch einmal ab - wohl vor allem aufgrund eines gewissen Drucks aus dem Ausland. Bemerkenswert ist, dass bei der Volkszählung 1937 noch 55 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion sich selbst als gläubig bezeichneten. Trotz 20-jähriger atheistischer Propaganda und massiver Unterdrückung der Kirche bekannte sich ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor zum orthodoxen Glauben. Offensichtlich hatte die Regierung ihr Ziel nicht erreicht.

Diese Erkenntnis führte zur sogenannten "großen Säuberung" in den Jahren 1937-41. In diesem Zeitraum wurden 175.800 Geistliche der Orthodoxen Kirche in Russland verhaftet, von denen 110.700 erschossen wurden. Diese relativ exakten Zahlenangaben stammen von der in nachsowjetischer Zeit eingesetzten "Regierungskommission für die Rehabilitierung von Opfern der politischen Repression" und dürften daher nicht übertrieben, sondern durchaus realistisch sein. Von den 50.000 Kirchengebäuden, die es vor der Oktoberrevolution in Russland gab, waren Ende 1938 nur noch 1.277

übrig. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs hatten die Kommunisten ihr Ziel beinahe erreicht: Die Orthodoxe Kirche war weitgehend zerschlagen und das kirchliche Leben in der Sowjetunion bis auf marginale Reste zerstört.

Der "Große Vaterländische Krieg"

Eine grundlegende Wende in der sowjetischen Religionspolitik brachte der Zweite Weltkrieg, der auf Russisch als der "Große Vaterländische Krieg" bezeichnet wird. Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 die UdSSR angriff, rief der Patriarchatsverweser, Metropolit Sergij (Stragorodskij), noch am selben Tag die Gläubigen seiner Kirche zur Verteidigung der Heimat auf. Die Orthodoxe Kirche sammelte Spenden, um den staatlichen "Verteidigungsfonds" zu unterstützen. Mit kirchlichen Geldern wurden ein ganzes Panzerbataillon und eine Fliegerstaffel finanziert, die in Anlehnung an orthodoxe Heilige, die Russland gegen die Tataren bzw. gegen die Schweden verteidigt hatten, den Namen "Dmitrij Donskoj" und "Alexander Newskij" erhielten.

Je weiter die Deutschen vordrangen, umso dringlicher wurde aus Sicht des Staates die moralische Unterstützung der Kirche im Kampf gegen die Usurpatoren. Am 4. September 1943 kam es zu einem denkwürdigen Treffen dreier führender Hierarchen der russischen Orthodoxie mit Stalin. Die Metropoliten Sergij (Stragorodskij), Aleksij (Simanskij) und Nikolaj (Jaruevi) erreichten dabei das Zugeständnis, eine Bischofsversammlung abhalten zu dürfen, bei der - nur vier Tage später, am 8. September 1943 - der bisherige Patriarchatsverweser offiziell zum Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche gewählt wurde. Patriarch Sergij konnte sein neues Amt zwar nur noch acht Monate - bis zu seinem Tod am 15. Mai 1944 - ausüben, doch leitete die Wahl des Mannes, der de facto bereits seit 1925 an der Spitze der Kirche gestanden hatte, zum Patriarchen eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der Sowjetunion ein.

Am 2. Februar 1945 wurde mit Aleksij (Simanskij) einer der anderen Metropoliten, die im September 1943 das Gespräch mit Stalin geführt hatten, zum Nachfolger von Patriarch Sergij gewählt. Patriarch Aleksij I. stand 25 Jahre lang, von 1945 bis zu seinem Tod im April 1970, an der Spitze der Russischen Orthodoxen Kirche und ist damit einer der am längsten am-

tierenden Patriarchen in der Geschichte der russischen Kirche. Patriarch Aleksij gelang es, die mit Stalin getroffenen Vereinbarungen zu nutzen und allmählich einen für die Orthodoxe Kirche erträglichen modus vivendi zu finden. So konnten in Moskau und Leningrad wieder Geistliche Seminare und Akademien eröffnet werden, um die Ausbildung des Klerus zu sichern. In einigen Kirchen und Kathedralen durften wieder orthodoxe Gottesdienste stattfinden, auch wenn es den Priestern weiterhin verboten war, außerhalb der Kirchenmauern seelsorglich oder karitativ tätig zu werden. Der staatlich verordnete "Rückzug in die Sakristei" beschränkte die Einflussmöglichkeiten der Kirche auf die Gesellschaft, ermöglichte aber immerhin ihr Fortleben im liturgischen Bereich. Der Tod Stalins am 5. März 1953 bedeutete einen erneuten Einschnitt in die sowjetische Religionspolitik.

Öffnung nach außen, Repression nach innen

Unter Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894-1971), der die Nachfolge Stalins als Parteichef der KPdSU antrat, begann ein gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Reformprozess, der in der Geschichtsschreibung als "Tauwetter-Periode" bezeichnet wird. Sie zeichnete sich sowohl innen- als auch außenpolitisch durch eine gewisse Entspannung aus, verbunden mit einer Entstalinisierung, der Schließung zahlreicher GULAGs und der Freilassung unschuldig Inhaftierter.

Kirchenpolitisch gesehen hatte diese Phase ambivalente Auswirkungen auf die Orthodoxe Kirche in Russland. Einerseits ermöglichte Chruschtschow der Kirche eine Öffnung nach außen: Erstmals seit Jahrzehnten konnte sich die Russische Orthodoxe Kirche sowohl an panorthodoxen Beratungen (den Panorthodoxen Konferenzen auf Rhodos ab 1961) als auch an ökumenischen Konferenzen beteiligen (z.B. an der ersten Vollversammlung der Konferenz europäischer Kirchen 1959 in dänischen Nyborg oder der dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1961 in Neu-Delhi, bei der das Moskauer Patriarchat offiziell in den ÖRK aufgenommen wurde).

Andererseits war diese Periode von neuen, härteren Repressionen im Innern begleitet. Die Verfolgung religiöser Aktivitäten wurde unter Chruschtschow wieder verschärft, Gemeinden und Klöster - darunter das berühmte Kiewer Höhlenkloster - wurden geschlossen und das

kirchliche Leben soweit wie möglich unter staatliche Kontrolle gebracht. Thomas Bremer schreibt in seinem Essay über die Kirchen und die Oktoberrevolution: "In engen Grenzen ließ der Staat die orthodoxe Kirche agieren. Der Preis, den sie dafür zu zahlen hatte, war Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat. So stritten Vertreter der Kirche im Ausland stets ab, dass es religiöse Diskriminierung gebe, und verteidigten die Politik der Sowjetunion."

Während der Staat also versuchte, nach innen die absolute Kontrolle über die Kirche zu gewinnen, präsentierte er sich vor der Welt als religiös neutraler Staat, der den Repräsentanten der Kirchen gestattete, an ökumenischen Versammlungen teilzunehmen, um so nach außen hin eine Religionsfreiheit vorzutäuschen, die nach innen hin nicht gegeben war.

Die "Zeit der Stagnation"

Unter Chruschtschows Nachfolger Leonid Breschnew (1906-82) der von 1964 bis 1982 an der Spitze der KPdSU stand, entspannte sich die sowjetische Religionspolitik wieder. Die Orthodoxe Kirche in Russland konnte ihren Status quo sichern, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Staat bestimmte weiterhin den Rahmen des kirchlichen Handelns. Solange die Kirche das akzeptierte, konnte sie relativ frei agieren; wenn sie versuchte, die Grenzen zu überschreiten, wurde sie gestoppt. Es gab Hierarchen, die diese Grenzen sehr streng beachteten und nicht aneckten, es gab aber auch andere, die den Spielraum geschickt auszunutzen und sogar auszudehnen versuchten.

Zu Letzteren zählte insbesondere Metropolit Nikodim von Leningrad und Novgorod (1929-78), der ab 1963 für die Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats zuständig war. Er nutzte geschickt das Interesse der sowjetischen Führung aus, dem Westen einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu demonstrieren und die Wahrung der Religionsfreiheit in der Sowjetunion zu bezeugen. Durch die von ihm geförderte Beteiligung des Moskauer Patriarchats an ökumenischen Gesprächen, die Entsendung offizieller Beobachter zum Zweiten Vatikanischen Konzil und die nachfolgende Aufnahme theologischer Gespräche mit dem Vatikan gelang es ihm, offizielle Vertreter der russischen Orthodoxie auf so vielfältige Weise mit internationalen Partnern zu vernetzen, dass der sowjetische Staat gar nicht umhin konnte,

bei Besuchen ausländischer Kirchendelegationen in der Sowjetunion eine halbwegs intakte kirchliche Infrastruktur zu präsentieren. Auf diese Weise wurden harte Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kirche, wie sie unter Chruschtschow noch die ökumenische Öffnung begleitet hatten, unmöglich.

In den 1970er-Jahren gelang eine allmähliche Ausweitung des Priesternachwuchses, wobei auch Vertreter der russischen Intelligenzija ihren Weg in die Kirche fanden. Für viele Priester, die damals ihre kirchliche Laufbahn begannen, einschließlich des heutigen Patriarchen Kyrill, war Metropolit Nikodim von Leningrad so etwas wie ihr geistlicher Vater und ein leuchtendes Vorbild für ihr kirchliches Engagement. Geradezu symbolhaft für seine ökumenisch aufgeschlossene Haltung ist, dass Metropolit Nikodim im September 1978 in Rom starb - während einer Audienz beim gerade frisch gewählten Papst Johannes Paul I., bei der er einen Herzinfarkt erlitt.

Bezeichnend für den relativ abgesicherten Status, den die Orthodoxe Kirche in der Breschnew-Ära erlangt hatte, ist die Tatsache, dass Patriarch Pimen (1910-90), der im Juni 1971 von einem Landeskonzil der Orthodoxen Kirche in Russland zum Nachfolger von Patriarch Aleksij I. gewählt worden war, dieselben Privilegien wie die Mitglieder des Politbüros genoss und im Krankheitsfall im Prominenten-Krankenhaus des Moskauer Kreml behandelt wurde.

Gorbatschow und die "Perestrojka"

Nach einer kurzen Übergangsphase, in der mit Juri Andropov (1982-84) und Konstantin Tschernenko (1984-85) zwei Vertreter der "alten Garde" an der Spitze der KPdSU standen, begann mit der Wahl von Michail Sergejewitsch Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985 eine neue Epoche, in der nicht nur Politik und Gesellschaft umstrukturiert wurden - nichts anderes bedeutet der russische Begriff "Perestrojka" -, sondern in der auch die Orthodoxe Kirche plötzlich ganz neue Wirkungsmöglichkeiten erhielt. Spürbar wurde dies insbesondere bei der 1.000-Jahrfeier der Taufe Russlands im Jahr 1988: Dem Moskauer Patriarchat wurde im Vorfeld das Danilow-Kloster in Moskau zurückgegeben, wo eine Residenz für den Patriarchen errichtet werden konnte. Am 29. April 1988 wurde Patriarch Pimen von

Michail Gorbatschow empfangen und erhielt weitgehende Zusagen über die Errichtung neuer Pfarreien und theologischer Seminare.

Die kirchlichen Feierlichkeiten zur 1.000-Jahrfeier waren 1988 die ersten Gottesdienste, die offiziell im sowjetischen Staatsfernsehen übertragen wurden. Im Oktober 1989, als die Orthodoxe Kirche in Russland das 400-jährige Jubiläum ihrer Erhebung zum Patriarchat beging, durfte erstmals wieder eine orthodoxe Liturgie in der Mariä-Entschlafens-Kathedrale des Moskauer Kreml gefeiert werden - der erste Gottesdienst im Kreml seit 1918. Der sowjetische Staat erkannte die historische Bedeutung der Orthodoxen Kirche nun an und ermöglichte es ihr dadurch, wieder gesellschaftliche Anerkennung und Aufmerksamkeit zu erlangen.

Am 1. Dezember 1989 besuchte Michail Gorbatschow Papst Johannes Paul II. im Vatikan. In Zusammenhang mit diesem Besuch stand die Wiedenzulassung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine, die seit einer 1946 von den Sowjets inszenierten Synode nur noch im Untergrund und im Exil gelebt hatte. Innerhalb weniger Wochen traten zahlreiche orthodoxe Gemeinden und Geistliche in der Ukraine vom Moskauer Patriarchat zu dieser mit Rom unierten Ostkirche über. Bis heute ist umstritten, ob dieser gewaltige Aderlass für die russische Orthodoxie der Tatsache geschuldet war, dass viele Gläubige und Priester insgeheim der Union mit Rom verbunden geblieben waren, oder ob die massenhaften Übertritte eher Ausdruck einer politisch motivierten "Los-von-Moskau"-Bewegung waren. Wie auch immer: Das Wiederaufleben der mit Rom unierten Ukrainischen Kirche führte zu einer Krise in den Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan, die das gesamte letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts prägte.

Nach den Unabhängigkeitserklärungen der drei baltischen Republiken und dem Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 waren die Tage der Sowjetunion gezählt. Ein bemerkenswertes Detail verdeutlicht die Position der Kirche in dieser Umbruchzeit: Als die Putschisten in Moskau vorübergehend die Macht ergriffen hatten, forderte die Kirchenleitung die Priester auf, in der Liturgie die Fürbitte für die staatlichen Machthaber auszulassen. Wer um die Bedeutung der Liturgie für die Orthodoxe Kirche weiß, versteht sofort, welch deutliches Signal das Patriarchat damit gegen die Putschis-

ten gesetzt hat. Ende Dezember 1991 war die Sowjetunion Geschichte und Boris Jelzin der neue mächtige Mann im Nachfolgestaat der UdSSR, der Russischen Föderation.

Der Wiederaufbau des kirchlichen Lebens

Auf kirchlicher Seite hatte nach dem Tod seines Vorgängers Patriarch Aleksij II. (1929-2008) die Leitung der Orthodoxen Kirche übernommen. Der aus einer zur Orthodoxie konvertierten baltendeutschen Adelsfamilie stammende Baron von Rüdiger war 1950 zum Priester geweiht worden, hatte 1961 das Bischofsamt in Tallinn, der Hauptstadt seines Heimatlandes Estland, übernommen, und war seit 1987 Metropolit von Leningrad. Das Landeskonzil der Russischen Orthodoxen Kirche wählte ihn am 10. Juni 1990 zum Patriarchen. Aleksij II. übte dieses Amt bis zu seinem Tod am 5. Dezember 2008 aus und lenkte daher die Geschicke der russischen Orthodoxie in der wichtigen Phase des kirchlichen Wiederaufbaus im letzten Jahrzehnt des 20. und den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts.

In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre legte die russische Orthodoxie den Schwerpunkt auf den personellen Wiederaufbau. Innerhalb weniger Jahre wurden hunderte von Diakonen und Priestern geweiht, denen vielfach zunächst nur das notwendigste Rüstzeug für die Zelebration der Gottesdienste vermittelt wurde und die - wenn überhaupt - erst im Nachhinein ein theologisches Fernstudium absolvierten. Die Kehrseite der Medaille war, dass diese wenig gebildeten Priester oft der fundamentalistischen Propaganda orthodoxer Monarchisten auf den Leim gingen, deren simplifizierende Argumentationsmuster sie nicht zu durchschauen vermochten. Deshalb setzte man in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre den Schwerpunkt auf den Ausbau der theologischen Ausbildungsstätten.

Eine führende Rolle spielte dabei Metropolit Kyrill von Smolensk, ein Schüler Metropolit Nikodims, der seit 1989 an der Spitze des Kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats stand. Er baute das Geistliche Seminar in seiner Bischofsstadt Smolensk zu einer Vorzeiginstitution für eine moderne theologische Ausbildung aus. Auch ansonsten spielte Metropolit Kyrill, der heutige Patriarch, bereits in der Amtszeit seines Vorgängers eine zentrale Rolle in der Russischen Orthodoxen Kirche. Er war das "Gesicht" der Kirche, der durch regelmäßige

Fernsehsendungen bald auch der nichtkirchlichen Öffentlichkeit in Russland bestens bekannt war. Er vertrat die Kirche in den Verhandlungen mit dem russischen Staat - sei es im Blick auf die Religionsgesetzgebung, die nach einem sehr liberalen Religionsgesetz aus dem Jahr 1990 im Jahr 1997 in der Russischen Föderation zugunsten der "traditionellen Religionen" in Russland verschärft wurde, um ausländischen Missionaren die Arbeit zu erschweren, sei es im Blick auf andere Vereinbarungen mit Ministerien oder staatlichen Organen, beispielsweise im Blick auf die Militärseelsorge.

Metropolit Kyrill war auch die treibende Kraft bei der Erarbeitung eines Dokuments über die Grundlagen der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche, das im August 2000 verabschiedet wurde und das erste Dokument einer Orthodoxen Kirche zu sozialem Fragen darstellt. Bemerkenswert daran ist, dass in diesem Text nicht nur traditionelle orthodoxe Positionen zum Verhältnis von Kirche und Staat bekräftigt werden, sondern auch von der Pflicht zum zivilen Ungehorsam gegenüber staatlichen Organen die Rede ist, wenn diese die Grundsätze der christlichen Ethik verletzen.

Auch Fragen der Ökologie und der Bioethik sowie des Umgangs mit den Massenmedien werden in dem Dokument thematisiert. Dieser klaren sozialem Positionsbestimmung entsprach der Wiederaufbau sozial-karitativer kirchlicher Institutionen. Die schon im russischen Zarenreich etablierten orthodoxen "Bruderschaften" wurden wiederaufgebaut und engagieren sich in der Pflege von Kranken, Behinderten und Waisen. Das im Westen verbreitete Vorurteil, die Orthodoxe Kirche feiere vor allem eine prächtige Liturgie, vergesse aber die Diakonie, entspricht dem von den Sowjets vermittelten Bild der Orthodoxen Kirche, nicht aber der Realität.

Patriarch Aleksij war ein Mann des Dialogs, der sich stets um Ausgleich und Verständigung bemühte. Dies zeigte sich in der Zeit, als er Präsident der Konferenz europäischer Kirchen war, beispielsweise bei der bahnbrechenden Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989. Dies zeigte sich auch bei seinem Besuch in Deutschland 1995, bei dem er in seiner Ansprache im Berliner Dom zur Versöhnung zwischen Deutschland und Russland aufrief. Und dies wurde schließlich am Ende seiner Amtszeit

gekrönt durch die Wiedervereinigung des Moskauer Patriarchats mit der Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland, die nach mehrjährigen Verhandlungen im Mai 2007 offiziell besiegelt wurde.

Gesellschaftliche Etablierung

Nach dem Tod Patriarch Aleksijs wurde dessen langjährige "rechte Hand", Metropolit Kyrill, vom Landeskonzil der Russischen Orthodoxen Kirche zum Patriarchen gewählt und am 1. Februar 2009 inthronisiert. Die Wahl Kyrills war dabei keineswegs so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn Metropolit Kyrill galt vielen konservativen Orthodoxen als zu ökumenefreundlich. Patriarch Kyrill war in seiner nun bereits acht Jahre währenden Amtszeit bestrebt, diesen Bedenken Rechnung zu tragen, und hat sich um einen Ausgleich zwischen progressiven und konservativen Kreisen innerhalb der russischen Orthodoxie bemüht. So findet man in seinen Reden und Interviews sowohl patriotische Parolen als auch kritische Stellungnahmen zur Entwicklung in Staat und Gesellschaft.

Sein Verhältnis zu Präsident Putin gilt als eng, wobei es wohl eher der Präsident ist, der die Nähe zum Patriarchen sucht, als umgekehrt. Wenn westliche Medien ihn immer wieder mal als Marionette Präsident Putins skizzieren, trifft das wohl kaum die Realität. So hat Patriarch Kyrill zum Beispiel ein deutliches Zeichen gegen den von Moskau betriebenen Anschluss der Krim an die Russische Föderation gesetzt, als er nicht zur Verkündigung der "Wiedervereinigung" der Krim mit Russland durch Präsident Putin erschien. Außerdem unterstehen die russischen Diözesen auf der Krim bis heute nicht Moskau, sondern weiterhin dem Metropoliten in Kiew.

Was die Ökumene und das Verhältnis zur katholischen Kirche betrifft, können - trotz der erwähnten Zurückhaltung - zwei signifikante Akte Patriarch Kyrills hervorgehoben werden: Zum einen sein Besuch in Warschau im August 2012, bei dem er gemeinsam mit Erzbischof Jozef Michalik, dem Vorsitzenden der Polnischen Katholischen Bischofskonferenz, eine "Gemeinsame Botschaft an die Völker Russlands und Polens" unterzeichnete, in dem beide Kirchenvertreter zur Versöhnung zwischen den seit Jahrhunderten verfeindeten Nationen aufrufen. Zum anderen das bereits eingangs erwähnte

Treffen mit Papst Franziskus im Februar 2016 auf Kuba, mit dem Patriarch Kyrill ein deutliches Zeichen gesetzt hat, dass er der Linie seines Geistlichen Vaters Metropolit Nikodim treu bleibt und sich für die Annäherung von Orthodoxen und Katholiken einsetzt.

Ökumenisches Engagement

Damit sind wir in der Gegenwart angelangt, und ich möchte zum Abschluss versuchen, ein kurzes Fazit zu ziehen. Für die Orthodoxe Kirche in Russland war das 20. Jahrhundert ein Zeitraum, in dem sie Extremen ausgesetzt war wie nie zuvor in ihrer Geschichte: Vom Glanz der Zarenzeit und den Reformbestrebungen des Landeskonzils 1917/18 führte ihr Weg durch zwei Jahrzehnte der Verfolgung und eine Epoche der staatlich kontrollierten Existenz hin zu einer Wiedergeburt des kirchlichen Lebens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Ein Spiegelbild ihrer inneren Entwicklung wie auch der äußeren Umstände in dieser Zeit sind ihre ökumenischen Beziehungen.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Orthodoxe Kirche in Russland in ökumenische Gespräche involviert, damals zunächst mit Anglikanern und Altkatholiken. In der Zeit der stalinistischen Verfolgung konnten diese Kontakte natürlich nicht aufrechterhalten werden, aber selbst in dieser für die Kirche so schwierigen Periode machten sich russische Theologen Gedanken über das Verhältnis zu den anderen christlichen Kirchen. So veröffentlichte Metropolit Sergij (Stragorodskij) 1931 und 1935 im Journal des Moskauer Patriarchats zwei bis heute wegweisende Artikel über die Ekklesialität der nichtorthodoxen Kirchen.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Moskauer Patriarchat erneut Kontakte mit anderen Kirchen auf, zunächst mit der Kirche von England, wenig später mit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Mit Letzterer begann 1959 eine theologische Gesprächsreihe, die bis heute fortgeführt wird und die damit zu den kontinuierlichsten ökumenischen Gesprächen einer Orthodoxen Kirche zählt.

Die Beziehungen mit der römisch-katholischen Kirche intensivierten sich im Umfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils. Die russische Kirche war die erste Orthodoxe Kirche, die offizielle Konzilsbeobachter nach Rom entsandte. Und die Orthodoxe Kirche in Russland war nach dem Konzil die einzige Or-

thodoxe Kirche, die das vom Konzil gemachte Angebot einer begrenzten Sakramentsgemeinschaft von Orthodoxen und Katholiken aufgriff. Im Dezember 1969 beschloss der Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche, Katholiken in Ausnahmefällen zu den Sakramenten zuzulassen, wenn sie keinen Seelsorger ihrer eigenen Kirche erreichen könnten.

Dieser bemerkenswerte Beschluss ist wohl nur auf dem Hintergrund des damaligen religionspolitischen Kontextes zu verstehen, in dem sowohl Katholiken als auch Orthodoxe mit einer massiven Einschränkung ihrer Wirkungsmöglichkeiten konfrontiert waren. Weil keine andere Orthodoxe Kirche einen vergleichbaren Schritt vollzog, hat die Russische Orthodoxe Kirche ihren Beschluss von 1969 im Jahr 1986 vorläufig suspendiert - bis zu einer Entscheidung durch ein Panorthodoxes Konzil. Bekanntlich hat sich die Stimmung in der Orthodoxie in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch so grundlegend gewandelt, dass das Orthodoxe Konzil auf Kreta, an dem die Russische Orthodoxe Kirche nicht teilgenommen hat, im vergangenen Jahr keinen entsprechenden Beschluss gefasst hat.

Auch zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Moskauer Patriarchat gibt es seit 1986 offizielle theologische Gespräche. In einer ersten Gesprächsreihe, die bis 1998 dauerte, standen das Verständnis der Kirche und der Sakramente im Vordergrund. Danach wurden auch diese Gespräche vorübergehend eingestellt, vor allem aufgrund der Spannungen zwischen Rom und Moskau, die ihren Höhepunkt im Jahr 2002 erreichten, als der Vatikan vier katholische Diözesen auf dem Territorium der Russischen Föderation errichtete, ohne zuvor die orthodoxen Partner in Russland darüber zu informieren. Nach vielfältigen Bemühungen, zu denen u.a. die Rückgabe der Ikone der Gottesmutter von Kazan durch Kardinal Kasper im Jahr 2004 zählte, entspannten sich die Beziehungen allmählich wieder. Im Jahr 2009 konnten die Gespräche zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Moskauer Patriarchat wieder aufgenommen werden.

Metropolit Hilarion von Volokolamsk, der Nachfolger Kyrills als Leiter des Kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats, pflegt intensive Kontakte mit katholischen Partnern und ist darum bemüht, dass die ökumenischen Kontakte nicht nur auf der obersten Ebene funk-

tionieren, sondern auch auf eine breitere Basis gestellt werden. Dieser Verbreiterung der ökumenischen Basis dienen Studienreisen katholischer Gruppen nach Russland, aber auch das Stipendienprogramm der Deutschen Bischofskonferenz, das seit mittlerweile fünf Jahrzehnten orthodoxen Theologen ermöglicht, die deutsche Sprache zu erlernen und dadurch die deutschsprachige theologische Literatur kennenzulernen.

"Wir sind nicht Konkurrenten, sondern Geschwister" - diese zentrale Aussage der Gemeinsamen Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill vom Februar 2016 kann nur

durch persönliche Begegnungen auf möglichst vielen Ebenen in den Köpfen der Menschen ankommen und in ihren Herzen verankert werden. Die ökumenischen Kontakte, die das Moskauer Patriarchat trotz lautstarker Proteste konservativer Kreise in der Orthodoxie weiterhin pflegt, spiegeln ihre wechselvolle Geschichte im 20. Jahrhundert wider. Sie werden hoffentlich die weitere Entwicklung dieser Kirche im 21. Jahrhundert prägen, in der sie immer mehr zu einer weltweit verbreiteten und damit in unterschiedliche kirchliche und gesellschaftliche Kontexte hineingestellten Glaubensgemeinschaft wächst.

"Gott wurde Mensch, damit der Mensch Gott werde"

Wortlaut der Weihnachtsbotschaft von Metropolit Arsenios

Wien, 24.12.2017 Dem heiligen Klerus und frommen Kirchenvolk der Metropolis von Austria und des Exarchates von Ungarn!

Für ein weiteres Jahr lädt unsere Heilige Kirche alle ihre Kinder ein, das große Ereignis der Geburt des Sohnes und Logos Gottes "für uns und zu unserem Heil", zu leben. Sie ruft uns dazu auf, nicht nur Zeugen zu sein, sondern Mitteilhaber an diesem weltrettenden Ereignis zu werden.

Die Lehre der Kirchenväter betont in einem einzigen Satz die Größe und die Wichtigkeit des Weihnachtsfestes: "Gott wurde Mensch, damit der Mensch Gott werde". Genau in diese Wirklichkeit lädt uns die Kirche ein, unser Leben einzubringen, unserem Alltag Sinn zu geben, unsere Leidenschaften und Fehler zu besiegen und auf dem Weg zu wandeln, den unser barmherziger Gott uns mit Seiner Fleischwerdung und mit Seinem ganzen Göttlichen Heilsplan weit eröffnet hat.

Es ist wahr, dass der Herr "sich entäußerte", das heißt, "sich entleerte", in Seiner unbegreiflichen Herabkunft sich erniedrigte, um das Menschengeschlecht zu retten. Die Fleischwerdung des Logos, die Göttliche Geburt, hatte nur eine einzige Motivation, nur ein einziges Ziel: die Liebe Gottes zum Menschen, die Einladung, dass der Mensch auf ewig mit Gott lebe. So kommt Christus nicht in die Welt, um einen Lebensstil zu predigen, sondern um selbst das Leben für die Menschen zu sein. Dies

hat entscheidende Bedeutung in unserem Alltag als Christen. Mit unserem Leben in der Heiligen Kirche und in der Teilhabe an ihren Heiligen Mysterien, an erster Stelle der Göttlichen Kommunion, leben wir unverkürzt die Größe der Liebe und des Geschenkes Gottes an den Menschen.

Mit diesen Gedanken, möchte ich Euch väterlich einladen, unser ganzes Leben, so gut wie möglich, auf diese Weise in das Weihnachtsfest einzugliedern, wie auch an allen Heiligen Zwölf Tagen der Weihnachtszeit. Diese Tage mögen nicht nur oberflächliche Änderungen mit sich bringen, sondern Beginn eines neuen Lebens werden, damit wir die Ewigkeit erben, das vollendete Leben mit unserem Gott und Vater.

Mit all meiner Liebe wünsche ich Euch schöne und gesegnete Weihnachten, voller Gnade unseres Dreiheiligen Gottes, damit die Teilnahme an diesem Göttlichen Fest auf lebendige und "entäußernde" Weise geschehe, damit sie den Beginn eines neuen rettenden Weges werde.

Unser Herr segne das neue Jahr 2018, das bald beginnt, und schenke einem jeden einzelnen und allen gemeinsam Seine reichen Gaben und Seinen Segen.

Mit väterlicher Liebe und segensreichen Feiertagswünschen,

Metropolit Arsenios von Austria.

"Das große Mysterium der göttlichen Menschwerdung"

Wortlaut der Weihnachtsbotschaft des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I.

Wien-Istanbul, 24.12.2017 + Bartholomaios, durch Gottes Erbarmen Erzbischof von Konstantinopel, dem Neuen Rom, und Ökumenischer Patriarch allem Volk der Kirche Gnade, Erbarmen und Friede von Christus, unserem in Bethlehem geborenen Erlöser.

Im Herrn geliebte Brüder und Kinder, durch Gottes Gnade wurden wir wiederum gewürdigt, das große Fest der leiblichen Geburt des göttlichen Wortes zu feiern. Es ist in die Welt gekommen, um uns das vollkommene Leben, die Befreiung von Sünde, von der Versklavung durch die Werke des Gesetzes und vom Tod zu schenken; um uns das wahre Leben und jene große Freude zu schenken, "die niemand von uns nehmen kann".

Wir empfangen "den vollkommenen Gott", den "die Liebe der Erde gebracht hat", den der uns "näher ist als wir selbst". Das sich seiner Gottheit entäußernde Wort steigt zu seinem in die Irre gegangenen Geschöpf herab, indem es sich "unsagbar und unfassbar erniedrigt". Der, den kein Raum umfassen kann, geht ein in den Schoß der Jungfrau. Der Große wohnt im Kleinen. Dieses große Hauptstück unseres Glaubens, dass der überwesentliche Gott "auf übermenschliche Weise Mensch geworden ist", bleibt ein "nicht offenbartes" Mysterium. "Das große Mysterium der göttlichen Menschwerdung bleibt für immer ein Mysterium."

Dieses fremdartige und wunderbare Ereignis, "das seit ewigen Zeiten und Geschlechtern verborgene Mysterium", ist das Fundament der gnadenhaften Vergöttlichung des Menschen. "In keinem anderen ist das Heil, auch ist kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, durch den wir sollen gerettet werden".

Das ist die höchste Wahrheit zur Rettung des Menschen. Wir gehören zu Christus. Alles ist in Christus geeint. In Christus wird unsere der Verwesung preisgegebene Natur neu gebildet; wird die Ebenbildlichkeit wiederhergestellt und jedem Menschen der Weg zur Ähnlichkeit Gottes gebahnt.

Weil das göttliche Wort die menschliche Natur angenommen hat, weil die göttliche Vorsehung und die Rettung allen gemeinsam ist, ist auch der Grund für die Einheit des Mensch-

engeschlechts gelegt. Doch wird nicht allein die Menschheit, sondern die gesamte Schöpfung erlöst. Wie der Fall der Stammeltern die ganze Schöpfung mit sich ins Verderben reißt, so betrifft auch die Menschwerdung des Sohnes und Wortes Gottes die gesamte Schöpfung. "Die Schöpfung ist befreit und die ehemals Verfinsterten erscheinen als Söhne des Lichts." Der hl. Basilius fordert uns auf, Christi heilige Geburt als das "die ganze Schöpfung umfassende Fest", und als "den Geburtstag der Menschheit zur Rettung der Welt" zu feiern.

Das "Christus wird geboren" ertönt leider wiederum in einer Welt, die von Gewalt, gefährlichen Spannungen, sozialer Ungleichheit und der Missachtung der grundlegenden allgemeinen Menschenrechte erfüllt ist. Im Jahr 2018 sind es 70 Jahre seit der weltweiten Proklamation der allgemeinen Menschenrechte. Nach der furchtbaren Erfahrung und den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs hat diese Proklamation die grundlegenden hohen Ideale propagiert, die alle Völker und alle Staaten der Erde uneingeschränkt respektieren müssen. Allerdings setzt sich die Missachtung dieser Proklamation fort. Vielfältige Missbräuche und intendierte Missdeutungen der Menschenrechte unterminieren ihren Rang und ihre Realisierung. Weiterhin gilt, dass wir weder gegenwärtig noch zukünftig aus der Geschichte Lehren ziehen wollen.

Weder die tragischen Erfahrungen von Gewalt, noch die Schändung der menschlichen Person, noch die Bekräftigung hoher Ideale konnten die Fortsetzung von Gewaltausübung und Kriegen, den Machthunger und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindern. Aber natürlich konnten auch die Kraft technischer Mittel, die herausragenden Errungenschaften der Wissenschaft oder der wirtschaftliche Fortschritt die soziale Gerechtigkeit und den vielersehten Frieden nicht herbeiführen. Im Gegenteil; in unserer Zeit wächst das Wohlstandsdenken der Besitzenden und zerstört die Globalisierung die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Friedens.

Die Kirche kann diese Bedrohungen der menschlichen Person unmöglich ignorieren.

"Denn nichts ist in dem Maße heilig wie der Mensch, an dessen Natur Gott Anteil genommen hat." Wir kämpfen für den Menschen, für den Schutz der Freiheit und der Gerechtigkeit, im Wissen darum, "dass der wahre Friede von Gott kommt" und dass das unbegreifliche Mysterium der Inkarnation des Wortes Gottes und der gnadenhaften Vergöttlichung des Menschen die Wahrheit über seine Freiheit und seine göttliche Bestimmung offenbart.

Wir leben in der Kirche die Freiheit; jene Freiheit, die Christus uns gibt; die Freiheit, die darin besteht, in Christus zu leben; die Freiheit, die uns zu Christus führt. Zum Kern dieser Freiheit gehört die Liebe, "die nicht das Ihre sucht"; die Liebe, die "aus einem reinen Herzen entspringt". Während der selbstgesetzliche, der nach eigenem Gutdünken lebende und sich selbst genügende, der sich selbst vergöttlichende und sich selbst glücklich schätzende Mensch um sich selbst und seine individuelle selbstgefällige Glückseligkeit kreist und den Mitmenschen als Beschränkung seiner Freiheit betrachtet, richtet sich die Freiheit in Christus auf den Bruder, auf den Nächsten, und gibt der Wahrheit Zeugnis in der Liebe. Die Sorge des Gläubigen besteht nicht darin, seine Rechte einzufordern, sondern in Demut und Dankbarkeit "die Weisungen Christi zu erfüllen".

Diese Wahrheit des Lebens in Christus, der Gerechtigkeit als Liebe und der Liebe als Gerechtigkeit, ist der Grundstein und die Garantie für die Zukunft der Menschheit. Wenn wir uns auf dieses in Gott gegründete Ethos stützen, können wir die großen Herausforderungen der Gegenwart, die nicht nur das Leben in Fülle, sondern sogar das Überleben der Menschheit bedrohen, meistern.


Die Wahrheit des "Gottmenschen" als Antwort auf den zeitgenössischen "Menschen-Gott" und als Nachweis seiner ewigen Vorherbestimmung hat auch das Heilige und Große Konzil der Orthodoxen Kirche (Kreta

2016) betont: "Die orthodoxe Kirche stellt dem zeitgenössischen "Menschen-Gott" den "Gottmenschen" als letztes Maß aller Dinge gegenüber: 'Wir sagen nicht, der Mensch sei Gott, sondern Gott sei Mensch geworden'. Sie - die orthodoxe Kirche - offenbart die rettende Wahrheit des Gottmenschen und Seinen Leib, die Kirche, als Ort und Weise des Lebens in Freiheit, als das 'Die-Wahrheit-in-Liebe-Bezeugen' und als schon auf Erden gewährte Teilhabe am Leben des auferstandenen Christus".

Die Inkarnation des Wortes Gottes ist die Vergewisserung und die Gewissheit, dass Christus selbst die Geschichte als Weg zum Reich Gottes am Ende der Zeiten führt. Natürlich war der Weg der Kirche zum Reich Gottes, der nicht fern und unabhängig von der geschichtlichen Realität, ihren Widersprüchen und Wandlungen verläuft, niemals ein Weg ohne Beschwernisse. Inmitten dieser bezeugt die Kirche die Wahrheit und vollzieht ihr Werk der Heiligung, der Seelsorge und der Verklärung der Welt. "Denn die Wahrheit ist ein Pfeiler und eine Grundfeste der Kirche ... Die Kirche ist ein Pfeiler der bewohnten Welt ... und sie ist ein Mysterium, das groß ist und ein Mysterium der Frömmigkeit".

Brüder und Kinder im Herrn, lasst uns in von Jubel und Freude erfülltem Wohlgefallen an dem Wort Gottes, das unter uns Wohnung genommen hat, die Feste der heiligen zwölf Tage begehen. Wir erbitten Euch vom Phanar aus, der Fleisch gewordene und zum Menschengeschlecht herabgestiegene Herr und Erlöser schenke in dem neuen Jahr seiner Güte allen Gesundheit an Seele und Leib, Frieden und gegenseitige Liebe; er bewahre unversehrt seine heilige Kirche und segne die Werke ihres Dienstes, auf dass sie Seinen überheiligen und überaus gepriesenen Namen verherrliche.

Weihnachten 2017, + Bartholomaios von Konstantinopel, euer aller inständiger Fürbitter bei Gott.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Georg Pulling, Johannes Pernsteiner, Jennifer Mostögl Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	